



Stadt Zofingen

Protokoll des Einwohnerrates

Amtsperiode 2006/09

2. Sitzung

Montag, 25. Mai 2009

18.00 – 21.10 Uhr im Stadtsaal

Vorsitz

Käthi Hagmann, Ratspräsidentin

Patricia Kettner, Präsidentin FGPK (Traktandum 5)

Protokollführer

Arthur Senn, Stadtschreiber

Anwesend

38 Mitglieder des Einwohnerrates

7 Mitglieder des Stadtrates

- René Küng, Leiter Finanzen und Personal
- Mathias P. Müller, Chef Regionalpolizei
- Lukas Reichmuth, Stv. Leiter Bau und Umwelt
- Werner Ryter, Leiter Bau und Umwelt
- Heinz Schürch, Leiter Seniorenzentrum

Entschuldigungen

- Nadia Kuhn, Einwohnerrätin
- Markus Schär, Einwohnerrat

<u>Traktanden</u>	<u>Seite</u>
1. Mitteilungen	384
2. Einbürgerungen	
GK 187 Emini Bajrami Habibe, 1982, mit Ehemann Bajrami Faton, 1979, und dem minderjährigen Sohn Bajrami Shemsi, 2004, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, Obere Mühlemattstrasse 27	386
GK 188 Živković Milica, 1982, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, Kanalweg 26	386
3. Kreditbewilligungen	
GK 186 Seniorenzentrum Rosenberg und Tanner; Ausbau und bauliche Sanierung – Kreditbewilligung für die Projektierung und die Ausarbeitung des Kostenvoranschlags Neubau Luzernerstrasse und für die Planersubmission Umbau Rosenberg und Anpassungen Tanner	386
4. Bauabrechnungen	
GK 189 Genehmigung der Bauabrechnung über die Sanierung von Volière und Wasserteil „Trottenweiher“	402
5. Besoldungen	
GK 180 Neufestsetzung der Entschädigungen und Vergütungen an die Stadtratsmitglieder	405
6. Parlamentarische Vorstösse	
GK 183 Interpellation von Hans Rudolf Schlatter, DYM, vom 16. März 2009 betr. Aufhebung der Schrebergärten Eisengrube (Begründung und Beantwortung)	410
7. Umfrage	411

Begrüssung

Fr. Käthi Hagmann, Ratspräsidentin, begrüsst die anwesenden Mitglieder des Einwohnerrates, des Stadtrates, die Kaderleute der Verwaltung, die Stadtsaalcrew – insbesondere Frau Bettina Bernhard, neue Betriebsleiterin Stadtsaal, welche ihre Stelle am 1. Mai 2009 angetreten hat – Herrn Kurt Blum, Medienvertreter Zofinger Tagblatt, sowie die Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne zur zweiten Sitzung im Jahr 2009.

Die Traktandenliste wurde rechtzeitig zugestellt. Der Einwohnerrat wurde am 8. Mai 2009 nachträglich per E-Mail informiert, dass der Stadtrat dem Ratsbüro beantragt hat, das Traktandum GK 184 auf die nächste Sitzung zu verschieben. Das Ratsbüro hat dem Antrag zugestimmt. Das Postulat der SP-Fraktion zum Kreisverkehr um die Zofinger Altstadt wird an der Juni-Sitzung behandelt.

Nachdem keine Einwände gegen die Traktandenliste gemacht werden, können die Geschäfte in der vorgesehenen Reihenfolge behandelt werden.

Mitteilungen

Für die heutige Sitzung haben sich Nadia Kuhn sowie Markus Schär **entschuldigt**. Dieter Matter ist noch unterwegs. Der Rat ist mit zurzeit 37 Mitgliedern verhandlungsfähig.

Nachdem gegen das **Protokoll** der Einwohnerratssitzung vom 16. März 2009 innerhalb der Frist keine Einwände eingegangen sind, wird dieses unter bester Verdankung an den Ratssekretär als genehmigt erklärt.

An dieser Stelle gibt die Vorsitzende anhand des Abstimmungsprotokolls den Mitgliedern des Einwohnerrates das **Ergebnis der kommunalen Volksabstimmung vom 17. Mai 2009** bekannt:

Stimmberechtigte	7'536
Brieflich Stimmende	3'234
Ungültige briefliche Stimmabgaben	70
Gültig eingereichte Stimmrechtsausweise	3'424
Stimmbeteiligung	44,32 %

Kreditbewilligung für den Bau der Unterführung Strengelbacherstrasse K233 (SBB-Niveauübergangssanierung)

Ja	3'031
Nein	296

Der **Geschäftsbericht 2008** der Einwohnergemeinde Zofingen wurde allen Einwohnerratsmitgliedern verteilt. Dieses Geschäft wird an der Juni-Sitzung behandelt.

Neueingänge

Keine.

Art. 139

Einbürgerungen

GK 187

Emini Bajrami Habibe, 1982, mit Ehemann Bajrami Faton, 1979, und dem minderjährigen Sohn Bajrami Shemsi, 2004, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, Obere Mühlemattstrasse 27

GK 188

Živković Milica, 1982, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, Kanalweg 26

Fr. Mirella Bär, Referentin der FGPK und Mitglied der Einbürgerungskommission, hält fest, dass heute zwei Gesuche vorliegen. Ursprünglich waren es sechs, aber die übrigen vier Gesuche haben die Anforderungen nicht erfüllt. Ein Herr war der Meinung, er könne gut Deutsch, konnte aber die ihm gestellten Fragen nicht beantworten und verstand auch nicht wirklich, was man ihm sagte. Ein weiterer Herr reichte das Gesuch anfänglich zusammen mit seiner Ehefrau ein. Sie musste es jedoch zurückziehen, da sie zu wenig gut Deutsch konnte. Die Einbürgerungskommission kam schlussendlich zur Ansicht, dass das Gesuch des Ehemannes ebenfalls zurückgestellt werden sollte und er dieses nochmals zusammen mit seiner Ehefrau einreichen soll.

Die beiden vorliegenden Gesuche sind völlig unproblematisch. Beim GK 187 handelt es sich um eine junge Familie. Die Ehefrau ist in der Schweiz aufgewachsen und hat alle Schulen hier absolviert. Der Ehemann ist im Jahre 2001 in die Schweiz eingereist. Er spricht äusserst gut Deutsch und ist sehr gut integriert. Beim GK 188 ist die Gesuchstellende eine junge Studentin, welche bald ihr Architekturstudium abschliessen wird. Auch sie ist sehr gut integriert.

Nachdem zu den Einbürgerungsgesuchen das Wort nicht weiter gewünscht wird, lässt die Vorsitzende über die stadträtlichen Anträge abstimmen:

GK 187

Emini Bajrami Habibe, 1982, mit Ehemann Bajrami Faton, 1979, und dem minderjährigen Sohn Bajrami Shemsi, 2004, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, Obere Mühlemattstrasse 27

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 36:0 Stimmen zugestimmt.

GK 188

Živković Milica, 1982, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, Kanalweg 26

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 36:0 Stimmen zugestimmt.

Die Vorsitzende gratuliert den Gesuchstellenden ganz herzlich zu ihren sehr guten Resultaten und wünscht ihnen alles Gute.

Art. 140

GK 186

Seniorenzentrum Rosenberg und Tanner; Ausbau und bauliche Sanierung – Kreditbewilligung für die Projektierung und die Ausarbeitung des Kostenvoranschlags Neubau Luzernerstrasse und für die Planersubmission Umbau Rosenberg und Anpassungen Tanner

Hr. Rolf Moor, Präsident Spezialkommission Seniorenzentrum, hält fest, dass der Einwohnerrat am 4. September 2008 die erste Vorlage – GK 163 – zum Seniorenzentrum Zofingen vom Stadtrat erhalten hat. Es brauchte also über acht Monate, um dieses Geschäft heute, am 25. Mai 2009, im Einwohnerrat mit einer neuen, überarbeiteten Vorlage – GK 186 – behandeln zu können.

Somit war auch das Zeitfenster enorm lang, was den Vorteil hatte, dass sich alle Fraktionen, alle Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte sowie auch die Einwohnerrinnen und Einwohner von Zofingen mit diesem Investitionsvolumen von rund CHF 40 Mio. auseinandersetzen konnten. Das letzte Investitionsvolumen in dieser Grössenordnung geht über 35 Jahre zurück: Das heutige Bildungszentrum an der Strengelbacherstrasse.

Rolf Moor versucht nun auf einfache Art dem Einwohnerrat die Geschichte chronologisch von der Ausgangslage am 4. September 2008 bis zum heutigen Antrag des Stadtrates zu erläutern und zu begründen, weshalb die Spezialkommission in ihren fünf Sitzungen zum Abstimmungsresultat von 9:0 gekommen ist:

Am 21. September 2005 wurde das Architekturbüro Burkard Meyer in Baden beauftragt, für einen Betrag von CHF 83'100.– aufzuzeigen, welches die Entwicklung und die geänderten Anforderungen an das Seniorenzentrum sind – mit Anpassungen und Ergänzungen der heutigen Raumsituation. Das Ziel dieser Untersuchung war, auf einer strategischen Ebene die räumlichen, organisatorischen sowie städtebaulichen Auswirkungen aufzuzeigen.

Das Architekturbüro Burkard Meyer, eines der besten Büros in der Schweiz, welches als renommiertes Architekturbüro ausgezeichnete Referenzen von öffentlichen wie auch privaten Bauten vorweisen kann, ist zum Entscheid gelangt, dass es einen zusätzlichen Neubau braucht. Im Altersheim Rosenberg sollen Alterswohnungen entstehen und im Tanner Anpassungen und Erweiterungen vorgenommen werden.

Gemäss dieser Machbarkeitsstudie – Alterswohnungen im Rosenberg anstelle eines Neubaus – holte der Stadtrat bei einem ebenfalls renommierten Architekturbüro, baderpartner in Solothurn, eine zweite Meinung ein, welche zum gleichen Resultat führte wie jene von Burkard Meyer, nämlich dass der Rosenberg in Alterswohnungen umgebaut werden soll.

Aufgrund dieser Erkenntnisse aus dem Schlussbericht vom April 2006 erteilte der Stadtrat am 15. November 2006 dem Architekturbüro Burkard Meyer den Auftrag, ein Vorprojekt für einen Betrag von CHF 149'000.– für den Neubau an der Luzernerstrasse auszuarbeiten. Das Büro Burkard Meyer machte den Stadtrat darauf aufmerksam, dass mit diesem Auftrag die rechtliche Schwelle des Submissionsrechtes überschritten wird. Zu diesem Zeitpunkt war aber die Ausgangslage des Stadtrates, dass für dieses Investitionsvolumen von CHF 40 Mio. ein Investorenwettbewerb stattfinden soll. Somit waren die rechtlichen Anforderungen wieder erfüllt und der Stadtrat und das Büro Burkard Meyer konnten mit gutem Gewissen am Vorprojekt arbeiten.

In der Zwischenzeit hatte auch eine neue Amtsperiode begonnen – mit zum Teil neuen politischen Verantwortlichen und der Einführung des politischen Ressortsystems. Rückblickend gab es auch in der Verwaltung teilweise grössere personelle Veränderungen. Im Verlaufe dieser Jahre wurde festgestellt, dass der ursprüngliche Weg – also der Investorenwettbewerb – aus verschiedenen Abklärungen und Gründen doch nicht der richtige war. Der Stadtrat war sich bewusst, dass mit der neuen Situation die rechtliche Submissionsschwellengrenze nun doch überschritten wurde.

Dieser Prozess hat sich aber mit normalen Abläufen und Abklärungen, wie es für ein solches Projekt notwendig ist, ergeben. Nur weil bei der Ausgangslage des Investorenwettbewerbes dieser nicht mehr zur Diskussion stand, wurde die rechtliche Ausgangslage am Tag X zum Problem und zu einem Hauptthema.

Der Stadtrat hat es sich nicht unbedingt einfach gemacht, er hat nach verschiedenen Lösungen gesucht. Er hat auch die folgende Lösung intensiv diskutiert: Zurück an den Anfang und neu starten mit einem Projektierungs-Wettbewerb – womit das rechtliche Problem wieder gelöst gewesen wäre. Nur war sich der Stadtrat bewusst, dass sich auf diesem zur Verfügung stehenden Areal nicht unbedingt grundlegend andere Vorschläge ergeben würden bei einem Wettbewerb. Ebenfalls hat er erkannt, dass das Büro Burkard Meyer ein hervorragender Partner mit Fachexperten ist, welcher ihn bis zum heutigen Zeitpunkt beraten und begleitet hat, und man dieses unbedingt involviert haben will. Bei der Variante „Wettbewerb“ wäre dies nicht mehr möglich gewesen.

Die Zeit drängte langsam. Der Stadtrat kam unter Zeitdruck und stellte dem Parlament am 4. September 2008 die Vorlage GK 163 zu mit folgendem Antrag: „Für die Durchführung des TU-Wettbewerbes und der damit verbundenen Projektausarbeitung für den Neubau Luzernerstrasse des Seniorenzentrums sei ein Kredit von CHF 1'662'000.– zu bewilligen.“ Dieser Antrag beinhaltete, dass dem Architekturbüro Burkard Meyer ein Direktauftrag erteilt würde, um die Ausschaffung von Devisierungen, Vorbereitungen usw. zu erstellen, um einen Submissions-TU-Wettbewerb durchführen zu können.

Ein TU-Wettbewerb beinhaltet, dass bei den Vorgaben bereits alles bis auf das kleinste Detail, wie Farben, Lichtschalterabdeckungen, Sockelleisten, die hinterste und letzte Schraube usw., bestimmt sein muss. TU-Wettbewerb bedeutet auch, dass nicht mehr der Auftraggeber die Verantwortung der Kostensicherheit sowie Termine trägt, sondern das TU-Unternehmen. Hier würde zudem die Möglichkeit bestehen, dass ein ausländisches Unternehmen den Zuschlag erhält und die Unternehmungen in der Region sehr beschränkt zu Aufträgen kämen, obwohl die Bedingungen und Vorgaben bestimmt werden konnten. Die Erfahrung und die Praxis in den vergangenen Jahren zeigen hier leider klar ein anderes Bild.

Der Einwohnerrat hat in der Zwischenzeit eine Spezialkommission von neun Mitgliedern bestimmt, welche dieses GK 163 geprüft hat. Am 24. September 2008 hat die erste halbtägige Sitzung stattgefunden, an welcher die Mitglieder intensiv und detailliert informiert wurden durch Stadträtin Therese Müller, Leiter Bau und Umwelt Werner Ryter, Stv. Leiter Bau und Umwelt Lukas Reichmuth, Leiter Seniorenzentrum Heinz Schürch, Leiterin Hauswirtschaft Elsbeth Rauber, Urs Burkard und Antti Rüegg des Architekturbüros Burkard Meyer. Ebenfalls wurden sämtliche Gebäulichkeiten sowie die Umgebung inkl. Bauplatz begutachtet.

Die Kommission hat sich nach diesen ersten Erkenntnissen in Zweiertteams aufgeteilt und einen Fragenkatalog zu folgenden Bereichen erstellt:

- Gesamtkonzept; Neubau, Umbau Rosenberg, Ergänzungen Tanner
- Bauliches; TU-Wettbewerb
- Betriebliche Abläufe
- Abdeckung Bedarf an Pflegeplätzen für Zofingen sowie regional
- Finanzierung

Diese Fragen wurden an der darauffolgenden Sitzung vom 22. Oktober 2008 beantwortet. Diese Sitzung führte leider nicht zum Resultat, welches sich die Kommissionsmitglieder, der Stadtrat und die Verwaltung vorgestellt hatten. Zu gross waren die Unterschiede und Vorstellungen, wie sich das Seniorenzentrum von Zofingen in Zukunft entwickeln soll. „Treten an Ort“ war angesagt und man kam keinen Schritt weiter. Nach dieser unerfreulichen Feststellung hat die Kommission eine Woche später, am 28. Oktober 2008, erneut eine Sitzung einberufen, um das weitere Vorgehen ohne Stadtrat, ohne Verwaltung, ohne Fachexperten und nur mit protokollarischer Unterstützung von Stadtschreiber Arthur Senn zu besprechen.

An dieser Sitzung wurde für den Stadtrat ein Arbeitspapier erarbeitet, in welchem mehrere Beschlüsse gefasst wurden, welche für die Kommission von grosser Bedeutung waren, um abschätzen zu können, ob dieses Projekt in der Bevölkerung eine Mehrheit findet oder nicht. Die Spezialkommission fasste folgende Beschlüsse:

1. Die Kommission erwartet im gegebenen Zeitpunkt für die Bewilligung der Baukredite für die Umsetzung des Gesamtkonzeptes Seniorenzentrum (Neubau Luzernerstrasse, Realisierung Alterswohnungen Rosenberg (Vorbehalt Trägerschaft), Anpassungen Tanner und DL-Bereich Rosenberg) eine Gesamtvorlage, die – unter Vorbehalt der Zustimmung des Einwohnerrates – den Stimmberechtigten in einem Paket unterbreitet werden kann.
2. Damit die weitergehenden Entscheide (Projektierungs- und Baukredit) gefällt werden können, wird erwartet, dass der Stadtrat so bald als möglich über die Trägerschaft der im Rosenberg geplanten Alterswohnungen entscheidet.
3. Die Kommission möchte das Vorgehen mit Bewilligung von Planungs- und Projektierungskrediten für die vier Baulose (Vorbehalten Trägerschaft Alterswohnungen) prüfen. Zu diesem Zweck erwartet sie vom Stadtrat einen Zusatzbericht (zur Einwohnerratsvorlage GK 163), der das Vorgehen (inkl. Submission und Zeitplan) als auch die notwendigen Kredite beinhaltet. Nach Vorliegen dieses Berichtes wird die Kommission entscheiden, ob dieses Vorgehen weiterverfolgt und allenfalls dem vom Stadtrat vorgeschlagenen Vorgehen mit Kreditbewilligung für die Vorbereitung und Durchführung eines TU-Wettbewerbes für den Neubau Luzernerstrasse vorgezogen wird.
4. Sofern die personellen Ressourcen beim Bereich Bau und Umwelt für eine rasche Erarbeitung der Grundlagen zur Einholung der notwendigen Planungs- und Projektierungskredite nicht vorhanden sind, ist durch den Stadtrat eine externe Auftragserteilung (z.B. an Burkard Meyer Architekten) zu prüfen.
5. Damit die Planung der weiteren Kommissionsarbeit und die Behandlung der Vorlage im Einwohnerrat terminiert werden können, wird der Stadtrat gebeten, dem Büro des Einwohnerrates und der Spezialkommission so bald als möglich mitzuteilen, bis wann der gewünschte Zusatzbericht vorliegt.

Zum gleichen Zeitpunkt sind auch Anfragen und Briefe eingegangen von renommierten Architekturbüros in der Region – zum Teil vertreten durch Rechtsanwälte – welche den Stadtrat darauf aufmerksam gemacht haben, dass sie sich bei einem Vorgehen mit einem TU-Wettbewerb vorbehalten, Beschwerde einzureichen.

Mit diesen zum Teil kritischen Fragen der Spezialkommission und der Situation mit den umliegenden Architekturbüros musste sich der Stadtrat nun auseinandersetzen. Die Kommission kann heute bestätigen, dass er diese neue Situation sehr ernst nahm und sich äusserst seriös und vertieft mit der neuen Ausgangslage beschäftigt hat.

Es wurde viel und intensiv gearbeitet, verschiedene Abklärungen wurden getroffen sowie zusätzliche Gutachten – vor allem im submissionsrechtlichen Bereich – erstellt und ausgewertet. Nicht umsonst mussten die bereits bestimmten Kommissionssitzungen mehrmals verschoben werden, weil die Komplexität einen sehr hohen Schwierigkeitsgrad erreicht hatte. Das Resultat dieser intensiven, sachlichen und komplexen Auseinandersetzungen zwischen Stadtrat, Verwaltung und Spezialkommission hat dazu geführt, dass der Einwohnerrat heute eine neue, überarbeitete Vorlage GK 186 auf dem Tisch hat, bei welcher er entscheiden muss, ob er dem folgenden stadträtlichen Antrag zustimmen will oder nicht:

„Für die Projektierung und Ausarbeitung des Kostenvoranschlags für den Neubau Luzernerstrasse und für die Planersubmission für den Umbau Rosenberg in Alterswohnungen sowie die baulichen Anpassungen Tanner sei ein Kredit von CHF 1'656'000.– zu bewilligen.“

Die Kommission kann heute ebenso bestätigen, dass sich der Aufwand in den letzten rund acht Monaten, welche doch ziemlich lange waren, gelohnt hat, um dem Einwohnerrat heute diese Vorlage präsentieren zu können. Es sind wirklich alle baulichen, betrieblichen, finanziellen, gesundheitlichen und regionalen Bereiche auf verschiedene Arten von Fachexperten geprüft worden, weshalb auch verschiedene Berichte und Gutachten vorliegen.

Es ist nicht korrekt, wenn man dem Stadtrat und der Verwaltung den Vorwurf erteilt, es fehlen wichtige Elemente um eine Entscheidung treffen zu können – z.B. Kosten-Nutzen-Analyse oder hinsichtlich der Energie (Minergie-Standard, Nutzung von erneuerbarer Energie, Wärmeverbund usw.).

Einer der zentralen Diskussionspunkte ist: „Rosenberg abreißen oder einen Neubau erstellen“. Der Stadtrat hat anhand der zwei unabhängigen Gutachten von Fachexperten sowie dem zusätzlichen Gutachten von Architekturhistoriker Claudio Affolter (auch dieses „architektonisch kulturelle Gutachten“ darf nicht belächelt werden, sondern gebührt einen entsprechenden Respekt, welcher in diesem Projekt ebenfalls Platz haben muss) schon ziemlich früh entschieden, den Rosenberg nicht abzureißen. Dieser Entscheid hat der Stadtrat nicht nur aus baulichen, sondern auch aus finanziellen Überlegungen getroffen. Dieser Meinung ist übrigens auch die Kommission nach all den überzeugenden Feststellungen und Mitteilungen.

Dies ist auch ein Grund, weshalb nicht noch vertieftere Abklärungen getroffen wurden, wie z.B. was mit der Sanitätshilfsstelle passiert oder wie ein Neubau konkret aussieht usw. Dies wäre bestimmt möglich gewesen, wäre aber auch wieder mit finanziellen Mehraufwendungen für Studien, Abklärungen usw. verbunden gewesen. Ist es nicht der seriösere Weg 2 bis 3 top Abklärungen zu tätigen anstelle von 8 bis 10? Diese Variante, welche das Parlament nicht unbedingt goutiert hatte, hatte man in den vergangenen Jahren bei einem Projekt ebenfalls. Der Stadtrat sowie die Kommission befürworteten die 2 bis 3 Top-Gutachten.

Minergie-Standard, Nutzung von erneuerbarer Energie, Wärmeverbund usw. sind sicher Argumente, welche in dieses Projekt miteinbezogen werden müssen. Man befindet sich aber immer noch in der Vorprojekt-Studien-Phase und noch nicht in der Projektierungsphase. Dies ist für Zofingen als Energiestadt doch selbstverständlich und wird in der Projektierungsphase bestimmt dementsprechend berücksichtigt. Bei den kommenden Krediten für dieses Projekt, welche dem Einwohnerrat noch vorgelegt werden müssen, sind noch genügend Gelegenheiten vorhanden, um diese Argumente zu kontrollieren. Jetzt ist der Zeitpunkt für diese Themen aber noch zu früh.

Das vorliegende Geschäft GK 186 ist sehr umfangreich und detailliert umschrieben mit Begründungen, Grafiken, Statistiken, Zahlen usw. Deshalb verzichtet Rolf Moor als Präsident der Spezialkommission bewusst auf die einzelnen, zum Teil sehr wichtigen, Elemente einzugehen und beschränkt sich auf:

1. Das Grundkonzept des künftigen Seniorenzentrums
2. Rosenberg umbauen in Alterswohnungen
3. Startschuss zu einer Investition von CHF 40 Mio.
4. Finanzierung

Grundkonzept des künftigen Seniorenzentrums

Die Lage des Seniorenzentrums ist in unmittelbarer Nähe der Altstadt und des Naherholungsgebietes „Heitern“. Im Neubau wird es 62 Einer-Pflegezimmer mit einer Dementenstation, ein öffentliches Restaurant mit 96 Plätzen, eine Zentrumsküche, Büros, Sitzungszimmer und eine Tiefgarage geben. Im Tanner 64 Pflegeplätze, zusätzliche Besprechungszimmer, Räume für Aktivierungstherapie, Raumreserven (z.B. für Spitex) und multifunktionale Versammlungsräume. Der Rosenberg wird rollstuhlgängig umgebaut in 30 Alterswohnungen. 2-, 2 ½-, 3- und 4-Zimmer-Wohnungen können zu preisgünstigen Mietzinsen angeboten werden.

Am Hirzenberg sind von privater Trägerschaft 20 Wohnungen in einer Altersresidenz mit gehobenem Standard geplant, welche gegen Bezahlung ebenfalls die Dienstleistungen des Seniorenzentrums in Anspruch nehmen können. Eventuell besteht die Möglichkeit, dass es noch mehr als 20 Wohnungen in gehobenem Standard gibt.

Es wird ein erweitertes Dienstleistungsangebot für die Bewohnerinnen und Bewohner der Siedlung, des Pflegeheims und der Seniorenwohnungen angeboten wie: Physiotherapie, Coiffeur, Fusspflege usw. Ebenfalls ein erweitertes Dienstleistungsangebot bietet das Seniorenzentrum für ältere Menschen, welche noch zu Hause wohnen, für Beratung, Pflege und Haushaltführung.

Hier wird von einem Gesamt-Konzept geredet, bei welchem alle Gebäude in irgendeiner Form miteinander verbunden sind. Beispielsweise ist im Rosenberg die ganze Logistik der Wäscherei stationiert, welche bestehen bleibt und nur minimal angepasst wird.

Rosenberg umbauen in Alterswohnungen

Wie bereits erwähnt, liegen verschiedene Gutachten von Fachexperten vor, welche empfehlen, den Rosenberg in Alterswohnungen umzubauen. Die Anordnung des Rosenbergs im baulichen Kontext mit hangseitiger Erschliessung und talseitiger Öffnung zum Park ist auch heute noch gültig und sinnvoll. Die Grundsubstanz des Rosenbergs (Tragstruktur und Rohbau) befindet sich in einem guten Zustand und lässt sich mit vernünftigem Aufwand zu Alterswohnungen umbauen.

Ein allfälliger Neubau führt zwangsläufig zu einer Baugesuchspublikation. Ein Einsprachepotenzial ist vorhanden, zumal der bestehende niedrige Baustrakt ein städtebauliches Bindeglied zur Altstadt darstellt bzw. einen massstäblichen Bezug zum hangseitig liegenden Hirzenberggut aufbaut.

Das heutige Sockelgeschoss wie auch das technische Untergeschoss können in der Gesamtkonzeption vollumfänglich weiter verwendet und im Seniorenzentrum integriert werden. Die vorhandenen räumlichen Gegebenheiten bilden eine ideale Voraussetzung für jene Raumbedürfnisse, welche zurzeit noch nicht in allen Teilen definiert sind. Entsprechende Anpassungen sind ohne grosse Kostenfolge umsetzbar. Die bestehende Sanitätshilfsstelle kann ohne Kostenfolge so belassen werden.

Bei einem allfälligen Neubau müsste für eine einwandfrei funktionierende Foundation die ganze bestehende Anlage, oder Teile davon, unter erheblichen Kosten ausgebaut werden. Gesamthaft würde ein Neubau anstelle des Umbaus rund 30 % teurer zu stehen kommen, ohne Berücksichtigung von Optimierungsmöglichkeiten (z.B. mehr Wohnungen) und eventuellen Problemen mit Foundationen, dem Abbruch, der Sanitätshilfsstelle usw.

Wer wird voraussichtlich in den Alterswohnungen Rosenberg wohnen?

- 90 % Alleinstehende und 10 % Paare. Bei den Paaren ist meistens eine Person behindert. Dank der Nähe zum Pflegeheim kann diese weiter durch den Partner betreut werden.
- 75- bis 90-Jährige, mehrheitlich zwischen 80 und 85 Jahre.
- Personen, welche körperlich leicht beeinträchtigt sind, aber selber für sich sorgen können.
- Personen, welche in ihren bisherigen Wohnungen und Häusern vereinsamen würden.
- Personen, welche Sicherheit suchen und bei Bedarf Hilfe anfordern wollen.

- Personen, welche von Garten- und weiteren Arbeiten entlastet werden wollen.
- Personen, die heute teilweise ins Pflegeheim ziehen, weil es in Zofingen keine Alterswohnungen mit Service gibt.
- Der Leiter des Seniorenzentrums Heinz Schürch ist überzeugt, dass in Zukunft, trotz steigender Anzahl hochbetagter Menschen, dank diesen Wohnungen, weniger zusätzliche Pflegebetten bereitgestellt werden müssen.
- Die Abklärungen betreffend Bedarf von Auto-Abstellplätzen in der Tiefgarage von Bewohnerinnen und Bewohnern von Alterswohnungen ergab, dass dieses Bedürfnis sehr gering ist. Wenn noch ein Auto vorhanden ist, besteht das Bedürfnis nach einem oberirdischen Parkplatz oder einem Unterstand.

Was bietet der neu umgebaute Rosenberg für die Bewohnenden?

- 30 behindertengerechte 2- bis 4-Zimmer-Wohnungen.
- Jede Wohnung bietet ein Schlafzimmer, einen Wohnraum, ein Badezimmer und eine Küche.
- Ein zusätzlich angebauter Balkon pro Wohnung.
- Einen neuzeitlichen, behindertengerechten Personenlift.
- Ein kundenfreundliches, neues Treppenhaus mit geraden Tritten.
- Speziell an diesen neuen Wohnungen ist, dass jederzeit – also während 24 Stunden an 7 Tagen in der Woche – und in kurzer Zeit ein Service abgerufen werden kann, sei es für die Gesundheit, die Verpflegung oder eine Reinigung.
- Kostengünstige Mietzinse.
- Bei der Frage, was die Bedürfnisse im höheren Alter sind und was an erster Stelle kommt, gibt es sehr viele verschiedene Ansichten und Vorstellungen – von den älteren Menschen, aber hauptsächlich von ihrem Umfeld und ihren Angehörigen. Ist es ein Top-Service rund um die Uhr in einer wunderbaren Umgebung oder sind es die Räumlichkeiten? Kommen an erster Stelle die Räumlichkeiten mit 90-Grad-Winkeln oder genügt der vorgesehene Grundriss mit speziellen Winkeln?

Startschuss zu einer Investition von CHF 40 Mio.

Dass mit der freihändigen Vergabe – also ohne Ausschreibung und Wettbewerb – der Projektierungsarbeiten des Neubaus das Submissionsrecht verletzt wird, ist sich der Stadtrat wie auch die Kommission bewusst. Der Stadtrat hat nach einer Lösung gesucht, bei welcher das Beschwerderisiko am geringsten ist und das Architekturbüro Burkard, Meyer als überzeugendes Büro miteinbezogen werden kann. Wie es zu dieser Ausgangslage gekommen ist, hat er einleitend bereits erwähnt.

Der Stadtrat hat sehr lange und vertieft an diesen Punkten gearbeitet – mit rechtlicher Unterstützung und Gutachten von verschiedenen Beratern. Er zeigt in der Vorlage auf Seite 17 auch die Varianten A, B, C und D auf. Entschieden hat er sich für die Variante C, welche die Kommission ebenfalls einstimmig unterstützt. Weshalb?

- Bei dieser Variante besteht ein verringertes Beschwerderisiko.
- Man hat rasch Gewissheit über einen eventuellen Beschwerdeeingang. Innerhalb von 10 Tagen weiss man dies.
- Ohne Zeitverlust kann auf der Basis des Vorprojektes von Burkard, Meyer das Projekt ausgearbeitet werden.
- Das Know-how von Burkard, Meyer geht sonst verloren. Das Projekt darf aus Urheberrechtsgründen nicht weiter verwendet werden.
- Beim Antrag des Stadtrates in GK 186 ist das gesamte Paket vorhanden, auch die Planer-submission des Umbaus Rosenberg sowie der baulichen Anpassungen im Tanner, was das Beschwerderisiko nochmals massiv verringern wird.
- Mit den Architektur- und Planerbüros der Region, welche mit der Ausschreibung des TU-Wettbewerbes nicht einverstanden waren, wurde die neue Ausgangslage besprochen. Alle haben die Planer-submission begrüsst und befürwortet und sind auch mit dem Vor-

schlag der Direktvergabe an das Büro Burkard, Meyer für die Projektierung und Ausarbeitung des Kostenvoranschlags für den Neubau einverstanden.

- Nach Abklärungen vergibt beispielsweise die Stadt Zürich, eine der grössten Auftraggeberinnen im Immobiliensektor, rund 80 % ihrer Aufträge nach diesem Verfahren. Einsprachen gab es in den letzten Jahren höchst selten.
- Mit diesem Antrag wird auch dem wirtschaftlichen Umfeld in der Region Zofingen die Möglichkeit geboten, sich von diesem Kuchen etwas abzuschneiden, wenn das Anforderungsprofil stimmt.
- Als Nebeneffekt ist dies auch ein Beitrag zur Erhaltung von Arbeitsplätzen in der Region für die nächsten Jahre.

Der Stadtrat hat sich für eine Variante entschieden, bei welcher er sich bewusst ist, dass eine Grauzone im Bereich der Beschwerden vorhanden ist. Er nimmt dieses Risiko aber aus guten und tiefgründigen Überlegungen in Kauf. Die Spezialkommission unterstützt diesen Entscheid einstimmig.

Finanzierung

Man redet heute von einem Investitionsbedarf von CHF 40,21 Mio. für das Gesamtprojekt. Die baulichen Anpassungen im Dienstleistungsbereich des Rosenbergs betragen CHF 1,56 Mio. Die baulichen Anpassungen im Tanner belaufen sich auf CHF 2 Mio. Der Neubau Luzernerstrasse beträgt CHF 28,8 Mio. Dies ergibt ein Investitionsvolumen von CHF 32,36 Mio. im Seniorenzentrum. Dazu kommt der Umbau des Rosenbergs in Alterswohnungen über CHF 7,85 Mio.

Die Stadt finanziert den Neubau an der Luzernerstrasse sowie die baulichen Anpassungen im Rosenberg und Tanner im Umfang von rund CHF 32 Mio. 60 % der Aufwendungen werden in Zukunft aus dem Betrieb des Seniorenzentrums verzinst und amortisiert. Als Nettoinvestition verbleiben für die Stadt rund CHF 13 Mio.

Die Alterswohnungen im Rosenberg werden durch die Stadt finanziert, da die Alternative der Fremdfinanzierung mit Forderungen von Verantwortlichkeiten und Renditevorstellungen für diese nicht mehr attraktiv und interessant war.

Die Stadt, als ausgezeichnete Schuldnerin, kann sehr günstig Kapital beschaffen. Sie wird die Erstellung und den Betrieb der Alterswohnungen auf eigene Rechnung führen. Die Kontrolle über alle Liegenschaften auf dem Areal des Seniorenzentrums bleibt bei der Stadt. Dieses Konzept ergibt eine tiefere Zinsbelastung und somit auch tiefere Mietzinsen für die Bewohnerinnen und Bewohner. Der Bau der Alterswohnungen soll aus dem Finanzvermögen der Stadt finanziert werden.

Die Entwicklung der Tagestaxen ist moderat und liegt im Durchschnitt der anderen Alters- und Pflegeheime in der Region. Bis heute betrug die durchschnittliche Tagestaxe für Rosenberg und Tanner CHF 112.–. Nach den Investitionen wird ein Zuschlag von rund CHF 22.– berechnet, was neu eine durchschnittliche Tagestaxe von CHF 134.– ergeben wird. Im Vergleich mit anderen Heimen:

- Alterszentrum Kehl in Baden CHF 150.– bis 175.–
- Wohlen CHF 130.–

Zusammenfassung

Zofingen bekommt ein modernes und funktionelles Seniorenzentrum mit:

- 62 Einer-Pflegezimmer und einer Dementenstation im Neubau.
- 64 Pflegeplätze im Tanner.
- 30 Alterswohnungen im umgebauten Rosenberg.
- 20 Wohnungen in einer Altersresidenz mit gehobenem Standard am Hirzenberg von privater Trägerschaft.
- In sämtlichen Gebäuden kann ein ausgezeichneter Service abgerufen werden.

- Das Seniorenzentrum liegt in einer einmaligen Umgebung zur Altstadt und zum Naherholungsgebiet.

Die heutige Vorlage wurde vom Stadtrat und der Verwaltung seriös ausgearbeitet sowie von der Spezialkommission vertieft und grundlegend geprüft. Es ist sicher kein einfacher Entscheid für den Einwohnerrat, über dieses grosse Investitionsvolumen abzustimmen. Es muss ihm aber bewusst sein, dass er eine dreistufige Verantwortung – gegenüber der heranwachsenden Generation, gegenüber der im Erwerbsleben stehenden Generation und gegenüber der Generation im dritten Lebensabschnitt – zeigen muss. Soll das Dasein auch künftig für alle lebenswert bleiben, braucht es diesen „Generationenvertrag“. Die Mitglieder des Einwohnerrates können heute Abend mit ihrer Abstimmung einen Beitrag leisten und ein deutliches Zeichen setzen für diesen „Generationenvertrag“.

Denn ein „Ja“ heute Abend bedeutet den Startschuss für ein Investitionsvolumen von rund CHF 40 Mio. Die weiteren Kredite, welche in der nächsten Zeit noch bewilligt werden müssen für dieses Projekt, sollen selbstverständlich weiterhin kritisch geprüft werden, sollten im Grundsatz aber nur noch eine Formsache sein. Die Kommission würde es freuen, wenn der Einwohnerrat dieser Vorlage überzeugend zustimmen würde.

Zum Schluss dankt Rolf Moor sämtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, welche sich mit diesem Projekt auseinandergesetzt haben, herzlich. Ein spezieller Dank gilt Stadtmann Hans-Ruedi Hottiger, Stadträtin Therese Müller und dem gesamten Stadtrat für die konstruktive Zusammenarbeit sowie die Zusatzaufwendungen im Zusammenhang mit den zum Teil hartnäckigen Fragen und Aufträgen der Spezialkommission. Dem Leiter Seniorenzentrum Heinz Schürch und seinem Team sowie dem Bereich Bau und Umwelt mit Werner Ryter und Lukas Reichmuth für die stets objektive, gute und angenehme Zusammenarbeit. Auch den Kolleginnen und Kollegen der Spezialkommission für ihr Engagement, ihren Zeitaufwand und der sehr engagierten und sachlichen Mitarbeit in jeder Beziehung. Es war sehr angenehm und eine Freude als Präsident diese engagierte Kommission zu präsidieren.

Rolf Moor dankt den Mitgliedern des Einwohnerrates für die Aufmerksamkeit und das Verständnis, dass dieses Referat etwas länger als üblich gedauert hat.

Nachdem Eintreten nicht bestritten ist, eröffnet die Vorsitzende die Eintretensdebatte.

Fr. Anne-Käthi Kremer erklärt, dass die Vorlage, welche der Einwohnerrat heute behandelt, eine bedeutende ist – es geht um viel. Es handelt sich aber auch um eine Vorlage, welche im Vorfeld viel zu diskutieren gab. Sei dies in der Bevölkerung, in Leserbriefen, in den Medien, in der eigens dafür eingesetzten Spezialkommission und schliesslich auch in den Fraktionen. Die SP-Fraktion hat die Vorlage an ihrer Fraktionssitzung sehr intensiv und lange besprochen.

Die SP-Fraktion ist sich einig – und dies möchte Anne-Käthi Kremer hier explizit festhalten – sie will eine Erweiterung des Seniorenzentrums. Es ist allen klar, dass die Stadt Zofingen möglichst rasch Alterswohnungen zur Verfügung stellen muss und es ein zusätzliches Seniorenzentrum braucht. Trotzdem konnte sich die SP an ihrer Fraktionssitzung nicht einigen und hat deshalb Stimmfreigabe beschlossen. Nicht alle Fraktionsmitglieder können dieser Vorlage zustimmen.

Anne-Käthi Kremer möchte hier nun erklären, weshalb einige der Vorlage zustimmen werden und Hans-Martin Plüss wird danach erläutern, aus welchen Gründen die anderen der Vorlage nicht zustimmen können.

Die heutige Vorlage wurde im Vergleich zur ersten Vorlage nochmals intensiv überarbeitet. Besonders erfreulich ist, dass die Stadt Zofingen die Investitionen für den Rosenberg selber tätigen will und die Trägerschaft nicht privatisiert. Weiter ist man überzeugt, dass das Vorprojekt Neubau und der mögliche Umbau Rosenberg von guter Qualität sind. Die von den Architekten Burkard, Meyer geleistete Arbeit sowie das Engagement seitens der Stadt werden als vertrauenswürdig eingeschätzt.

Dies im klaren Wissen um die rechtliche Lage, insbesondere betreffend das Submissionsdekret, welches nicht ganz eingehalten wird. Weil aber in der neuen, heute vorliegenden Vorlage zwei Drittel der Arbeiten (der Architektenauftrag Ausführungsplanung sowie die Bauleitung) öffentlich ausgeschrieben und vergeben werden, schätzt man, gleich wie der Stadtrat, das Beschwerderisiko als sehr gering ein. Oder anders gesagt, man kann es wagen. Wie Rolf Moor vorhin gesagt hat, steht Zofingen mit einem solchen Vorgehen nicht alleine da. Würde es, was man nicht hofft, trotzdem zu Klagen kommen, müsste sowieso wieder von vorne begonnen werden. Deshalb ist man überzeugt – wer nichts wagt, gewinnt auch nichts. Falls die Vorlage heute abgelehnt oder gar zurückgewiesen werden sollte, würden sich das neue Seniorenzentrum sowie der Umbau im Rosenberg um ein weiteres Jahr verzögern (dann würde man von 2015 bzw. 2016 sprechen). Und dies wollen Anne-Käthi Kremer sowie die anderen SP-Fraktionsmitglieder, welche der Vorlage zustimmen, nicht. Zudem ist sie überzeugt, dass die Bevölkerung eine weitere Verzögerung oder ein Neubeginn nicht verstehen und akzeptieren würde.

Pfannenfertig ist das Projekt Seniorenzentrum heute Abend noch nicht. Wie beispielsweise der Neubau bis ins kleinste Detail auszusehen hat, darüber stimmt der Einwohnerrat heute nicht ab. Die zustimmenden Fraktionsmitglieder sind überzeugt, dass jetzt durchaus noch Bedingungen an die detaillierte Ausarbeitung des Projektes gestellt werden können.

Auch wenn Rolf Moor gesagt hat, es sei ein wenig zu früh, Anne-Käthi Kremer möchte jetzt trotzdem bereits eine Anmerkung anbringen, und zwar möchte sie eine überwiesene Motion in Erinnerung rufen:

Der Einwohnerrat hat im August 2007 eine Energiemotion der SP überwiesen, in welcher vom Stadtrat verlangt wird, dass bei zukünftigen Sanierungen und/oder Neubauten der Einsatz von erneuerbaren Energien und Massnahmen zur Energieeffizienz zu prüfen sind. Anne-Käthi Kremer verweist auf das Protokoll der entsprechenden Sitzung, an welcher Stadtrat Hansruedi Gilgen dazu Folgendes sagte: „Auch bei der Erweiterung des Seniorenzentrums steht der Einsatz einer Holzschnitzelfeuerung im Vordergrund. Definitive Abklärungen dazu sind noch im Gange. Zusätzlich wird im Zusammenhang mit der Erweiterung geprüft, auf dem Flachdach des Seniorenzentrums Tanner Sonnenkollektoren für die Warmwasseraufbereitung zu installieren“. Anne-Käthi Kremer bittet den Stadtrat und die Verwaltung, in der genauen Ausarbeitung der Projekte und des Kostenvoranschlags entsprechend zu handeln. Man ist gespannt, was der Stadtrat diesbezüglich präsentieren wird.

Und damit zurück zur Vorlage, über welche der Einwohnerrat zu befinden hat. Heute legen die Mitglieder des Einwohnerrates das Fundament, und zwar kein schiefes, sondern ein ehrlich und transparent kommuniziertes. Der Grundstein für ein neues Seniorenzentrum und für Alterswohnungen wird gelegt. Die braucht Zofingen und zwar so schnell wie möglich. Deshalb sagen Anne-Käthi Kremer und ein Teil der SP-Fraktion heute „ja“.

Hr. Hans Rudolf Schlatter hält fest, dass der Einwohnerrat nach einigem Hin und Her heute eine gute, wenn auch nicht ganz widerspruchsfreie, Vorlage vor sich hat. Es ist unbestritten, dass der Rosenberg als Pflegeheim ungeeignet ist. Ebenfalls unbestritten ist, dass preisgünstige Alterswohnungen fehlen und gut ist, dass vor dem Rosenberg noch Landreserven bestehen. So kann auch Zofingen realisieren, was bereits an vielen anderen Orten realisiert wurde, ein örtlich konzentriertes Gesamtangebot für ältere und pflegebedürftige Personen.

Von den Zahlen der demografischen Entwicklung hat die Dynamische Mitte Kenntnis genommen. Bei der Fraktion sind allerdings Zweifel vorhanden, ob die prognostizierten 80 zusätzlichen pflegebedürftigen Zofingerinnen und Zofinger im Jahre 2020 alle in den Alterswohnungen gepflegt werden können. Die Dynamische Mitte ist aber einverstanden, dass man im Moment die Planung mit diesen Zahlen weiterführt.

Der parallel zur Luzernerstrasse vorgesehene Neubau ist überzeugend. Eine klare Architektur mit einem guten betrieblichen Konzept. Die Verwaltung hat genügend Platz und ein neues, grosses Restaurant verbessert das Raumangebot im Tanner. Der Betrieb im Tanner selber kann mit wenigen Investitionen optimiert werden, vor allem mit dem Umbau im Parterre.

„Der Rosenberg als Pflegeheim ungeeignet, aber für Alterswohnungen geeignet“ – hier setzt die Fraktion noch ein Fragezeichen. Der Kommentar des Architekturbüros baderpartner auf Seite 14 der Vorlage tönt für Hans Rudolf Schlatter nicht sehr überzeugend. Die Bewohnenden sollen auch weiterhin gepflegt werden und mit dem Rollstuhl umherfahren können, und es muss weiterhin geputzt werden. Dies mit 60- und 120-Grad-Winkeln überall.

Umbau oder Neubau ist für die Dynamische Mitte noch offen. Jetzt nur zu sagen es koste etwa CHF 3 Mio. mehr, ohne die Folgekosten und den Ärger im Betrieb in den nächsten 30 bis 40 Jahren zu berücksichtigen, ist ein wenig einfach. In der Detailberatung wird man hierzu noch gewisse Fragen stellen.

Beim Wettbewerbsverfahren schliesst sich die Fraktion Dynamische Mitte dem Stadtrat an. Ihr scheint dies die einzig vernünftige Variante zu sein. Vom Terminplan hat sie Kenntnis genommen und kann damit leben. Sie wird dem Planungskredit zustimmen.

Hr. Thomas Bühler teilt mit, dass die SVP-Fraktion klar hinter dem Geschäft GK 186 steht und Rolf Moor für die kompetente Arbeit in der Spezialkommission dankt. Sie hat ihre Fraktions-sitzung extra ins Seniorenzentrum verlegt und durfte in der Bibliothek Gastrecht geniessen. Heinz Schürch, Leiter Seniorenzentrum, hat ihr einen kurzen Film über das Leben und Pflegen im Rosenberg vorgeführt. Auch ihm gebührt ein spezieller Dank.

Ebenfalls wurde die Fraktion anhand der PowerPoint-Präsentation des Stadtammanns mit direkten Fragen und Antworten über Statistiken der Bevölkerung, wie sich das Älterwerden auf die vorhandenen und geplanten Pflegezentren auswirkt, warum man sich nicht für einen Abriss des Altersheims Rosenberg, sondern für eine Umnutzung in Alterswohnungen entschieden hat und ob die geplanten 17 Parkplätze genügend sind, orientiert.

Auch den Leserbrief von Hans-Martin Plüss hat die SVP-Fraktion anhand der Präsentation diskutiert und kommt zum Schluss, dass der Fraktionspräsident der SP das Projekt Alterswohnungen und Pflegeplätze für die Seniorinnen und Senioren von Zofingen eigentlich gefährden will. Anders als er dies im Titel geschrieben hat.

Nach einer intensiven Diskussion innerhalb der Fraktion hat die SVP einen Entscheid gefasst. Sie steht voll hinter dem Projektierungskredit und stützt das Vorgehen des Stadtrates einstimmig.

Hr. Daniel Schmid ist der Meinung, dass zum Rosenberg schon alles gesagt wurde, was gesagt werden muss. Deshalb konzentriert er sich nur noch auf ganz wenige Aussagen, welche ihm von der FDP-Fraktion aus sehr am Herzen liegen.

Die FDP ist ebenfalls der Ansicht, dass der Einwohnerrat grundsätzlich eine sehr gute Vorlage vor sich hat und gibt den Dank gerne an den Stadtrat, an alle Beteiligten der Verwaltung und vor allem an die Spezialkommission, welche sich sehr intensiv mit diesem Thema auseinandergesetzt hat, weiter.

Intensiv mit dem Thema auseinandergesetzt hat sich auch die FDP an ihrer Fraktions-sitzung. Es ist kein Geheimnis, dass auch sie sich vor allem mit der Frage Neubau oder Umbau Rosenberg intensiv beschäftigt hat. Nachdem in der Fraktion am Anfang die Stimmung mehrheitlich noch für einen Abriss bzw. Neubau war, hat sie im Laufe der Diskussion überzeugt, dass bereits sehr viele Leute sehr viel „Hirnschmalz“ verwendet haben für dieses Thema.

Die FDP-Fraktion kam zur Überzeugung, dass es nicht sein kann, an einem Montagabend in 2 bis 3 Stunden nochmals alles in Frage zu stellen, was viele Leute in Kommissionen, im Stadtrat sowie in entsprechend spezialisierten Büros bereits während Stunden, wenn nicht Monaten oder noch länger, diskutiert und geprüft haben. Manchmal braucht es ein wenig Glauben und hin und wieder muss man auch ein Haar in der Suppe liegen lassen können.

Aus diesem Grund stimmt heute eine Mehrheit der FDP-Fraktion dieser Vorlage zu. Sie ist der Meinung, dass es insgesamt eine stimmige Sache ist und Zofingen ein Seniorenzentrum mit Alterswohnungen braucht. Und deshalb soll dies rasch angepackt werden.

Die FDP hat aber noch eine Bitte bzw. eine Forderung: Sie erwartet vom Stadtrat, dass für die kostenbewusste und termingerechte Umsetzung dieses riesigen Projektes eine klare und zweckmässige Projektorganisation getroffen wird und die personellen Ressourcen in der Verwaltung auch vorhanden sind, um entsprechend arbeiten zu können. Das Projekt Seniorenzentrum darf nicht zu einem zweiten Trottenweiher werden, dies könnte man nicht bezahlen.

Hr. Hans-Martin Plüss stellt klar, dass er die Vorlage bzw. den Bau des Altersheims nicht gefährden will. Er wäre schaurig gerne hier vorne gestanden und hätte gesagt, es ist super, alle sind dafür, es handelt sich um ein Top-Projekt, es kommt günstig zu stehen, alle Anforderungen sind erfüllt – aber dies kann er nicht sagen. Er hat ein schlechtes Gefühl.

Stadträtin Therese Müller hat bereits bei der Präsentation im Rathaus gesagt, es sei ein super Projekt – eigentlich das Beste, was man dort erstellen könne. Hans-Martin Plüss hat sich dann gefragt, nach welchen Kriterien dieses Projekt gut bzw. das Beste ist. Bei den Kosten beispielsweise: Ist es gut, wenn es möglichst wenig kostet, oder ist es nicht so wichtig, wenn es viel kostet? Gewisse festgelegte Standards, welche bereits erwähnt wurden, waren aus der Vorlage nicht ersichtlich. Dies gehört eigentlich, vor allem bei einem grossen Projekt, ganz an den Anfang. Hans-Martin Plüss ist der Meinung, dass der Stadtrat dies noch wird nachholen müssen, egal wie die Abstimmung heute Abend herauskommt.

Zu seiner persönlichen Situation kann Hans-Martin Plüss einfach sagen, dass er vor 7 Jahren und ungefähr 4 Monaten gelobt hat, er wolle das Gesetz respektieren. Dies tut er heute. Er arbeitet übrigens auch bei der Behörde, welche die Aufsicht hat über die Gemeinden im Bauwesen und dazu gehört auch das Submissionswesen. Er kann sich also nicht gut gegen seinen eigenen Arbeitgeber stellen und ein Projekt unterstützen, welches die Submissionsbestimmungen – auch jene des Bundes – klar nicht einhält.

Hans-Martin Plüss hat noch eine Bemerkung zum Votum des Präsidenten der Spezialkommission: Er hat heute mit dem Finanzchef des Hochbauamtes der Stadt Zürich telefoniert, um nachzufragen, wie sie ihre Projekte abwickeln. Gemäss seiner Aussage gehen sie strikte nach dem Submissionsrecht vor.

Ob es Beschwerden gibt oder nicht, kann eigentlich nur zu einem ganz kleinen Teil beeinflusst werden. Nachbarn oder Konkurrenten, welche abgelehnt wurden, reichen manchmal halt eine Beschwerde ein. Was beeinflusst werden kann, ist, wie viel Erfolg solche Beschwerden haben können. Wenn man schon selber schreibt, dass das Submissionsrecht gar nicht eingehalten wird, ist es schwierig einzuschätzen, wie viel Erfolg man haben wird, wenn Beschwerden eingereicht werden. Diesen riskanten Weg kann Hans-Martin Plüss aus sachlichen Gründen nicht unterstützen.

Auch für Hrn. Heinz Vöckl stehen eine rasche Realisierung eines Neubaus entlang der Luzernerstrasse und das Anbieten von Alterswohnungen im Vordergrund. Leider kann ihn das Konzept der Umnutzung des Altersheims Rosenberg in Alterswohnungen in dieser Vorlage nicht überzeugen. So werden folgende Fragen nicht beantwortet:

- Was geschieht mit der abgeschriebenen Sanitätshilfestelle im Konzept der Alterswohnungen Rosenberg? Wird diese zu einer ungenutzten Hypothek?
- Das Parkplatzangebot für Benutzende, Besuchende und Angestellte ist zu klein. Mit einem Neubau könnte dieses vergrössert und erst noch unterirdisch angeordnet werden, eventuell im Bereich der Sanitätshilfestelle. Die bestehenden oberirdischen Parkplätze könnten reduziert und wertvolles Land besser genutzt werden.
- Mit dem Umbau des bestehenden Gebäudes Rosenberg in 29 Alterswohnungen ist später keine Erweiterung mehr möglich. Heinz Vöckl ist sehr überrascht, dass die beiden Architekturbüros in ihrer Beurteilung eine Erweiterung mit keinem Wort erwähnen. Oder will man dem Einwohnerrat dieses wichtige Kriterium vorenthalten? Sollte das private Vorhaben

„Hirzenberg“ nicht realisiert werden, reichen die 29 Alterswohnungen bald nicht mehr aus. Und was dann?

- Heinz Vöckel hat das Altersheim Rosenberg durch die Betreuung seines Vaters kennen gelernt. Das unmögliche Innenleben kennen inzwischen alle. Sicher sind mit einem Umbau Verbesserungen möglich, aber genügt dies? Über den „Charme“ des Gebäudes kann man sich streiten. Seiner Meinung ist, ein Krüppelbau bleibt ein Krüppelbau! Gemäss Architekt kostet ein Neubau CHF 3,1 Mio. mehr als ein Umbau. Ob die CHF 1,6 Mio. für die baulichen Anpassungen im Dienstleistungsbereich gemäss Kostenschätzung mit einem Neubau aufgefangen werden können und sich somit die Mehrkosten für einen Neubau auf CHF 1,5 Mio. reduzieren würden, konnte ihm bis heute niemand beantworten.

Fazit

- Heinz Vöckel ist überzeugt, dass unter Einbezug dieser Überlegungen ein Neubau für Alterswohnungen langfristig sinnvoller, wenn nicht sogar günstiger, wäre.
- Er glaubt auch, dass das Konzept grundsätzlich beibehalten werden kann und lediglich der Rosenberg durch einen Neubau ersetzt werden muss. Diese Umplanung ist ohne grossen Zeitverlust möglich. Darüber muss jetzt entschieden werden, da den Stimmbürgern eine Lösung aufgezeigt werden muss, weil die Quittung sonst anlässlich der Volksabstimmung erfolgen könnte.
- Aus diesem Grund weisen Heinz Vöckel und weitere Mitglieder der Fraktion das Geschäft zurück.

Nachdem die Eintretensdebatte abgeschlossen ist, eröffnet die Vorsitzende die Detailberatung über die Vorlage.

III Ausgangslage

Hr. Hans Rudolf Schlatter hat noch ein kleines Problem mit der demografischen Entwicklung. In der Tabelle in der Mitte der Seite 4 steht, dass es in Zofingen im Jahre 2020 rund 80 Pflegebedürftige mehr geben wird. Im Pflegeheim wird jedoch kein zusätzliches Zimmer gebaut und es werden 30 bzw. 29 Alterswohnungen erstellt, welche zu 90 % mit einer und zu 10 % mit zwei Personen besetzt sind. Also können dort 33 Personen untergebracht werden. Bleiben immer noch 50 Personen. Wo werden diese im Jahre 2020 gepflegt?

Gemäss Hrn. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann, geht der Stadtrat davon aus, dass nicht alle Leute in ein Pflegezimmer müssen. Der Stadtrat ist bestrebt, altersgerechte – das heisst rollstuhlgängige – Wohnungen aber auch Wohnungen, in welchen jene Bedürfnisse, welche nicht mehr selber abgedeckt werden können, modular bezogen werden können, zu bauen. So dass die älteren Leute länger zu Hause bleiben können, sprich in diesen Alterswohnungen. Dies ist ein Bestreben, welches nicht nur dem Wohlbefinden der älteren Damen und Herren entgegenkommt, sondern auch eine knallharte betriebswirtschaftliche Rechnung.

Man wird müssen, und darauf bereitet man sich vor, da es auch schon ganz klare Hinweise der übergeordneten Stellen gegeben hat, die ambulante Pflege intensivieren können. Dies geht aber nur, wenn den älteren Herrschaften auch Wohnungen angeboten werden können, in welchen sie die Pflege modular beziehen können. Die Stossrichtung des Stadtrates ist nicht, dass ältere Damen und Herren à tout prix in Pflegezimmer untergebracht werden. Seiner Meinung nach wäre dies möglich, wenn man nur punktuell, also modular, solche Leistungen beziehen könnte. Zudem sind es ja nicht die einzigen Alterswohnungen, welche auf dem Platz Zofingen entstehen. Nebst dem Hirzenberg ist auch die Stiftung Wohnen im Alter daran, zusätzliche Alterswohnungen zu schaffen.

VI Gesamtkonzept des zukünftigen Seniorenzentrums Zofingen

Hrn. Urs Plüss geht es um den Punkt „Umbau Rosenberg zu Alterswohnungen“. Die meisten Einwohnerratsmitglieder haben das Video, welches das Seniorenzentrum gedreht hat, gesehen. Bei jedem Punkt kam zum Ausdruck, dass es eigentlich ein völlig ungeeignetes Gebäude ist. Auch nach dem Umbau wird es kein gutes Gebäude sein. Jede Ecke wird immer noch krumm sein. Ob jemand nun pflegebedürftig oder alt ist, es wird immer noch schlecht sein.

Die Treppenhäuser werden weiterhin schräg und die Lift- und Lagerräume ungeeignet sein. Eigentlich ist nachher nichts besser und trotzdem will man es nur renovieren. In den Unterlagen ist nirgends ersichtlich, wie eine Vollkostenrechnung aussehen würde, wenn man den Rosenberg abreißen und neu bauen würde. Ob es über die 40 oder 50 Jahre, während welchen das neue Gebäude stehen würde, nicht doch günstiger zu stehen kommen würde.

Man hat dies zwar durch das Architekturbüro baderpartner prüfen lassen, aber in den Unterlagen ist nicht erkennbar, ob dieses einen Umbau oder Neubau besser bewertet. Es nimmt eigentlich nur Stellung zu den Fragen und diese Frage wurde nicht gestellt. Vielleicht war dies in den anderen Unterlagen ersichtlich. Möglicherweise gibt es dazu noch eine Antwort.

Hr. Michael Wacker hat auf der einen Seite eine Frage und auf der anderen Seite ein kleineres „Wunschkonzert“. Bei der Frage geht es ganz konkret um das Thema Parkplätze. Auf dem Tisch liegt ein Vorprojekt, in welchem bereits definiert wird, dass es 17 Parkplätze geben wird. Auf den Plänen in diesem Vorprojekt sieht man weiter, dass im Rosenberg 25 Parkplätze plus 2 Behindertenparkplätze bestehen. Reicht die vorgesehene Anzahl Parkplätze aus? Es wird 30 zusätzliche Wohnungen geben, wovon die Hälfte der Bewohnenden möglicherweise ein Auto besitzt. Ein Restaurant mit 96 Sitzplätzen wird es ebenfalls geben. Bei 60 Besuchenden ergibt dies – bei 4 Personen pro Auto – 15 Fahrzeuge.

Rolf Moor hat vorhin erwähnt, dass man sich in der Projektierungsphase befindet. Möchte man aber bei weiteren Abstimmungen wirklich nur noch mit Formsachen arbeiten können, will Michael Wacker dem Stadtrat sowie den zuständigen Stellen einige Standards nahelegen.

Ausbaustandard Minergie ist eine Variante, Minergie-P eine zweite, Minergie-Eco eine dritte, und es gibt noch weitere. Darüber liest man in der Vorlage nichts. Ebenso wenig wie beispielsweise über eine Photovoltaikanlage, und dies nicht nur zur Warmwasseraufbereitung. Heute kann man damit Strom produzieren und ins Netz einspeisen. Michael Wacker und anderen Mitgliedern der Fraktion ist es wirklich ein Anliegen, dass man Zofingen beim Label Energiestadt nicht auf Platz 147 von 178 Städten, welche dieses Zertifikat besitzen, suchen muss. Oftringen befindet sich im Vergleich auf Platz 81. Deshalb möchte er dies hier gerne einspeisen.

Ist eine Schnitzelheizung wirklich das Mass aller Dinge? In den nächsten Jahren entstehen Bauprojekte im Einzugsgebiet des „Hägeler“ und oberhalb Seniorenwohnungen aus privater Trägerschaft. Vielleicht könnte bezüglich Wärmeverbund gemeinsam etwas unternommen werden. Diese Abklärungen wären ebenfalls wünschenswert.

Die Thematik Beleuchtungskonzept macht den Braten nicht feiss, zeigt aber immerhin eine Absicht. Bis ins Jahr 2014 oder 2015 wird beispielsweise die LED-Technologie viel weiter fortgeschritten sein. Wenn er hier nach oben schaut und diese Halogenlampen sieht, wünscht er sich schon, dass in einem neuen öffentlichen Gebäude in Zukunft nicht mehr solche Glühbirnen Räume beleuchten werden.

Fr. Irma Jordi möchte dunkelbraune Sockelleisten und darauf besteht sie. Wovon redet der Einwohnerrat hier heute eigentlich? Dies ist ja unmöglich. Es wurde eine Spezialkommission eingesetzt, welche alle diese Punkte des Langen und Breiten besprochen und den Einwohnerrat darüber informiert hat. Jetzt wird über einen Projektierungskredit geredet. Man sollte dieses Projekt einmal vorantreiben, damit diese Details ausgearbeitet werden können. Hätte man diese bereits ausgearbeitet, hätte man wieder viel zu viel freihändig vergeben und das Submissionsdekret verletzt. Man möchte einfach möglichst schnell die 30 bzw. 29 Seniorenwohnungen sowie günstigen Wohnraum verwirklichen, weil dies dringend notwendig ist. All diese Details, davon ist Irma Jordi überzeugt, nimmt sich der Stadtrat sehr zu Herzen und wird diese berücksichtigen, damit er nicht ins Fettnäpfchen tritt, wenn es dann darum geht, definitiv darüber abzustimmen, wie diese Vorlage realisiert werden soll.

Fr. Patricia Kettner geht es nicht um ein Detail. Sie stimmt Irma Jordi zu, aber für sie redet der Einwohnerrat zu wenig vom Wohlfühlen. Er redet über Architektur und Geld. Können sich Menschen in diesen Räumen wohlfühlen? Oder wohnen in 20 Jahren einige Mitglieder des Einwohnerrates – gewisse ein wenig früher, andere ein wenig später – in diesen Seniorenwohnungen und wünschen sich, dass der Einwohnerrat heute für einen Neubau gestimmt hätte?

Patricia Kettner möchte heute Abend von Heinz Schürch, Leiter Seniorenzentrum, welcher vermutlich als einziger dies beurteilen kann, hören, ob sich die Leute in diesen rautenförmigen Zimmern wohl fühlen oder in einem Neubau wohler fühlen würden. Dann kann darüber diskutiert werden. Dies ist keine Glaubensfrage, man kann dafür oder dagegen sein.

Patricia Kettner ist es ein Anliegen, dass sich die Zofinger Seniorinnen und Senioren wohl fühlen in diesen Räumen. Sie persönlich glaubt jedoch nicht daran. Es müsste dem Einwohnerrat Wert sein – die Stadt Zofingen ist im Kanton Aargau immer noch jene Stadt mit dem höchsten Anteil an über 65-Jährigen – diese Mehrkosten für einen Neubau eventuell aufzuwenden.

Folgende Frage hätte sie deshalb gerne beantwortet: Fühlen sich die Zofinger Seniorinnen und Senioren in solchen Räumen wohl?

Fr. Irma Jordi gibt Patricia Kettner Recht, Wohlfühlen ist ein sehr wichtiges Stichwort. Aber es muss auch noch bezahlbar sein. Will man diese Mehrkosten aufwenden und nachher vollumfänglich auf die Leute abwälzen, welche dann vielleicht für CHF 2'000.– eine solche Wohnung mieten müssen? Sie hat verschiedene Altersheimkonzepte gesehen, bei welchen unter CHF 3'000.– gar nichts zu machen ist. Diese Leute fühlen sich sehr wohl, haben viel Platz und können sich bewegen. Aber können dies die Leute hier auch bezahlen? Dies müsste also stark in den Vordergrund gerückt werden.

Hr. Marcel Thüler möchte keine Debatte über politische Kultur vom Zaun brechen, aber heute Abend stimmt der Einwohnerrat über CHF 1'656'000.– ab, wie ein Altersheim gebaut werden soll. Er findet es richtig, dass man heute Abend hier seine Fragezeichen anbringen darf. Und wenn er dies hier nicht mehr machen darf, wofür muss der Einwohnerrat dann noch CHF 1,65 Mio. absegnen?

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann, hat sich sehr gefreut über das Votum von Daniel Schmid. Heute Abend wird über ein sehr wichtiges und wegweisendes Projekt für die ältere Generation diskutiert. Patricia Kettner hat richtig gesagt, dass, wenn es wirkt, wahrscheinlich einige hier auch zu dieser Generation gehören werden. Deshalb ist es wichtig, dass heute Abend die richtigen Entscheidungen gefällt werden.

Auf der anderen Seite wurde auch eine Spezialkommission eingesetzt, in welcher alle Parteien vertreten sind. Die Kommission hat sich ihre Aufgabe nicht einfach gemacht. Sie hat den Stadtrat auf Zusatzschlaufen gehetzt und es war wichtig, diese zu durchlaufen. Der Stadtrat diskutierte nochmals intensiv darüber und hat sehr viele Empfehlungen und kritische Fragen der Kommission aufgenommen. Ohne Spezialkommission wäre es beispielsweise nicht zu dieser Gesamtkreditvorlage gekommen. Mittlerweile findet der Stadtrat dies ebenfalls das richtige Vorgehen. Auf Hinweis der Kommission wurden bei der Vergabe ebenso Korrekturen vorgenommen. Der Stadtammann kann dem Einwohnerrat versichern, dass die Spezialkommission ausgezeichnete Arbeit geleistet hat. Sie war hart, aber fair.

Nun geht es heute Abend darum, Fragen zu stellen und Sachen, welche noch nicht klar sind, beantwortet zu bekommen. Niemand hier drinnen ist gegen eine schnelle Realisation dieses Projekts, alle haben betont wie gerne sie das Projekt schnell realisieren möchten. Der Stadtammann wird sich bemühen, sehr viele Fragen, welche angeschnitten wurden, zu beantworten. Er ist ebenfalls der Meinung, dass man Fragen stellen darf. Die Erwartung des Stadtrates ist aber, dass, wenn die gestellten Fragen beantwortet werden und Zweifel ausgeräumt werden können, es in der Verantwortung der Einwohnerratsmitglieder liegt, allenfalls von ihrer Meinung abzuweichen, wenn die Argumente sie überzeugen. Sonst sind die Mitglieder des Einwohnerrates verantwortlich für die Verzögerungen. Es gibt 2 oder 3 Punkte, bei welchen auch der Stadtrat einfach einen Entscheid fällen musste, weil es verschiedene mögliche Wege gegeben hätte.

Der Stadtammann wird sich auch die Mühe geben, dem Einwohnerrat die Probleme aufzuzeigen, welche der Stadtrat hatte und zeigen, dass gewisse Punkte auf verschiedene Art und Weise betrachtet werden können. Sind sich die Mitglieder des Einwohnerrates danach immer noch sicher, dass der Stadtrat nicht richtig gehandelt hat, werden sie dieser Vorlage bestimmt nicht zustimmen. Sind sie aber überzeugt von den Antworten auf diese Fragen, ist es im Sinne der älteren Generation eine Pflicht, nicht unnötig schwarz zu malen.

Der Stadtammann versucht nun anhand einer PowerPoint-Präsentation den Hauptfragepunkt „Rosenberg“ zu beantworten. Er kann dem Einwohnerrat versichern, dass die Untersuchungen genau in folgende Richtung gingen: „Kann man im Rosenberg in sinnvoller Art und Weise wohnen?“. Er wird Heinz Schürch, Leiter Seniorenzentrum, nachher gerne das Wort geben. Dieser hat bereits vor der Spezialkommission genau diese Frage beantwortet.

Die Räumlichkeiten können nicht verändert werden. Aus den 60-Grad-Winkeln wird es keine rechten Winkel geben. Aber es wird ganz normale rechtwinklige Treppenhäuser sowie Lifte geben. Was nicht verändert wird, sind die räumlichen Abmessungen. Was dort aber positiv zum Tragen kommt und die bisher sehr engen Raumverhältnisse auflockert, ist, dass die Service Räume nicht mehr benötigt werden und in Wohnraum umfunktioniert werden. Dadurch wird es durchaus Einrichtungsmöglichkeiten geben. Die Ecken und die Reinigung werden sich leider nicht verändern lassen, aber sehr viele andere Sachen werden anders gestaltet und durch die grosszügigeren Raumverhältnisse werden viele Probleme, welche heute noch auftauchen, nicht mehr in diesem Ausmass vorhanden sein.

Der Grundriss gilt als Studie. Selbstverständlich wird dieser in einer nächsten Phase noch optimiert. Aus diesem Grund wird eine Planersubmission durchgeführt. Die Planer haben nicht zuletzt die grosse Hauptaufgabe, die Räume so zu optimieren, dass es den Leuten darin wohl ist. Die bestehenden Allgemeinflächen können als Wohnraum genutzt werden. Es wird auch neue Balkone geben.

Bei einem Abriss bzw. Neubau kann man davon ausgehen, dass sich der monatliche Mietzins für jede Wohnung um CHF 500.– erhöhen würde. Beim Umbau kann die gute statische Grundsubstanz genutzt werden. Durch die zusätzlichen Balkone wird die Liegenschaft aufgewertet, was zusätzliche Möglichkeiten bringt. In dem Moment, da zuerst die Alterswohnungen erstellt werden, gibt es bei den betrieblichen Abläufen in den einzelnen Gebäuden eine massive Optimierung.

Bei einem Neubau könnte in dieser Parzelle besser bzw. grosszügiger geplant werden und man könnte dann wieder auf den Projektwettbewerb zurückgreifen. Eine bessere Grundrisskonstellation wäre vorhanden, da sich die rhombenartigen Räume nicht entfernen lassen. Natürlich kann bei einem Neubau auch energetisch besser geplant werden, dies gilt jedoch nur für die Betriebskosten.

Grundsätzlich ist eine Umnutzung der Sanitätshilfsstelle jederzeit möglich. Diese kann aber nicht in Lager- und Abstellräume umgenutzt werden, weil die Zugänglichkeit nicht optimal ist. Dies würde bedeuten, dass man grössere Geldmittel in die Finger nehmen muss, damit diese als Lagerraum dienen könnte. Das Ziel des Stadtrates ist die Umnutzung in Luftschutzräume, was auch möglich ist. Dadurch würde die Möglichkeit bestehen, die Luftschutzräume im Tanner als Lagerräume zu benutzen. Die Schutzplätze würden auf die bestehende Sanitätshilfsstelle umgelegt.

Gerne beantwortet der Stadtammann auch die Frage von Heinz Vöck: Bei einem Abriss besteht genau dasselbe Problem, ausser die gesamte Sanitätshilfsstelle wird abgebrochen. Der Anbau muss Rücksicht nehmen auf das, was bereits im Boden ist. In dem Moment, da die Sanitätshilfsstelle entfernt wird, wird die Rechnung noch schlechter. Man könnte ohne Rückbau die Sanitätshilfsstelle dort stehen lassen, müsste aber räumlich Rücksicht nehmen, was auch bei einem Anbau der Fall wäre. Oder es wird alles entfernt, was sich nochmals verteuernd auswirken würde. Ein Anbau könnte selbstverständlich auch jetzt erstellt werden, es bestehen einfach Prämissen. So gesehen ist ein Erweiterungsbau in diesem Bereich durchaus möglich. Allerdings schätzen praktisch alle Bewohnenden des Rosenbergs den Park. Mit jedem Zusatzbau, welcher auf dieses Areal gestellt wird, wird der Park jedoch kleiner.

Die Rückbaukosten von CHF 300'000.– für die Sanitätshilfestelle sind eine Schätzung. Die schriftliche Offerte würde ziemlich sicher höher ausfallen. Man weiss ja nicht, was dort noch zum Vorschein kommen könnte. Diese CHF 300'000.– wurden bei der Berechnung der Mietzinse nicht berücksichtigt.

Anhand einer weiteren PowerPoint-Präsentation erläutert der Stadtammann die Parkplatzsituation bzw. das Parkplatzangebot. Zum jetzigen Zeitpunkt sind es 54 Parkplätze und mit dem Neubau werden es deren 70 sein.

Vorhin hat Hans-Martin Plüss etwas von Vorgaben von übergeordneten Stellen gesagt. Auch hier gibt es übergeordnete Stellen, welche Vorgaben machen. Es gibt eine Ermittlung des maximalen und des minimalen Parkplatzbedarfs sowie übergeordnete Berechnungsgrundlagen, welche entsprechend angewendet wurden. Der maximale Bedarf an Parkfeldern beträgt 90, mehr dürfte man nicht haben.

Nun gibt es noch Reduktionsfaktoren, wenn man eine gute Anbindung hat an den öffentlichen Verkehr und aufgrund der vorhandenen Infrastrukturen für die Busbenützung usw. Rechnet man dies so aus, ergibt dies eine Minimalanzahl von 68 Parkfeldern.

In der Berechnung nicht berücksichtigt ist der Abzug von 6 Parkplätzen, weil man davon ausgeht, dass auch Personen aus der Siedlung, welche vom Rosenberg her bestimmt nicht mit dem Auto unterwegs sind, das Restaurant aufsuchen werden. Auf der anderen Seite ging man von kundenintensiven Dienstleistungen aus. Warenkauf für den täglichen Bedarf wird man dort jedoch kaum haben, also können wiederum 7 Parkplätze abgezogen werden.

Gesetzlich vorgeschrieben ist, dass pro 50 Abstellplätze mindestens 1 Behindertenparkplatz vorhanden sein muss. 70 Parkplätze sind zwar nicht feudal, aber man liegt gut drin.

Bezüglich der Frage von Urs Plüss, ob das Architekturbüro baderpartner eine Empfehlung abgegeben hat, hält der Stadtammann fest, dass der Stadtrat keine Empfehlung, sondern Entscheidungsgrundlagen erarbeiten wollte. Um aufgrund dieser Entscheidungsgrundlagen Meinungen zu bilden. Meinungen, welche sich zuerst der Stadtrat, danach die Spezialkommission und schlussendlich der Einwohnerrat gebildet haben. Es gibt positive und negative Meinungen.

Das Architekturbüro baderpartner hat rein den architektonischen und statischen Teil abgeklärt. Auf diesem Teil basieren unter anderem die Entscheidungen des Stadtrates. Zum anderen Teil müssen sich alle selber eine Meinung bilden. Natürlich müssen finanzielle, betriebliche und architektonische Abwägungen vorgenommen werden. Der Stadtrat ist der festen Überzeugung, dass er richtig entschieden hat. Man kann aber geteilter Meinung sein. Entscheidungen können nur aufgrund der Daten, welche zu diesem Zeitpunkt zur Verfügung stehen, gefällt werden.

Was das Thema Energie betrifft, ist die Vorstellung des Stadtrates ganz klar, dass der Neubau im Minergie- bzw. Minergie-Eco-Standard erstellt wird. Im Bereich der Sanierungen besteht noch kein Minergie-Eco-Standard. Für den Stadtrat ist klar – und er hat dies so definiert – dass er den Minergie-Standard bei der Gebäudehülle der Alterswohnungen erreichen will. Nicht zuletzt hat auch die Untersuchung des Büros baderpartner gezeigt, dass der Zustand der Aussenhülle dazu gut genug ist. Zusätzliche Abklärungen müssen aber noch getätigt werden. Der höchste Standard wird angestrebt.

Im Tanner gibt es keine energetischen Veränderungen. Der Stadtrat prüft einen Verbund „Fernheizung“. Hier drängt sich das Areal Forstacker oder ein Zusammengehen mit dem Hirzenberg auf. Nächste Woche nimmt der Stadtammann an einer Sitzung teil, anlässlich welcher mit den Planern des Areals Forstacker die Machbarkeit abgeklärt wird. Dies soll ganz klar berücksichtigt werden.

Hr. Heinz Schürch, Leiter Seniorenzentrum, hält fest, dass sich die Leute wohlfühlen im Rosenberg. Dies kam auch im Film zum Ausdruck. Stören tun sie die Treppen, der Lift, die kleinen Toiletten, die Gemeinschaftstoiletten sowie die fehlenden Nasszellen auf den Stockwerken. Was die Bewohnerinnen und Bewohner betrifft, diese fühlen sich wohl.

Was unabdingbar ist für eine Wohnung – und deshalb findet man auch keine kleineren Wohnungen – sind 2 Zimmer. Die Bewohnenden einer Wohnung möchten zum schlafen und wohnen separate Zimmer haben, damit auch jemand in einem Zimmer empfangen werden kann, in welchem nicht geschlafen wird. Dies geht wahrscheinlich allen so.

Kaum jemand will rein aus Wohlfühlgründen ausziehen. Wenn jemand in den Tanner umziehen möchte, ist dies aus betrieblichen Gründen, weil es von der Pflege her nicht mehr geht. Heinz Schürch kann ganz klar sagen, dass sich die Leute im Rosenberg wohlfühlen.

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann, möchte noch die Frage von Heinz Vöckel, ob bei einem Neubau die CHF 1,5 Mio. im Tanner gespart werden könnten, beantworten. Davon geht der Stadtammann nicht aus, da in dieser Beziehung nichts Unnötiges vorgenommen wird. Es entstehen Gemeinschaftsräume, welche ebenfalls ein Bedürfnis darstellen im Tanner. Der Stadtrat ist der Meinung, dass in dem Moment, da ein Neubau erstellt wird, die Kosten nicht im Tanner anfallen würden, sondern der Neubau um dies teurer zu stehen kommen würde, weil diese Räume irgendwo untergebracht werden müssten. Zum jetzigen Zeitpunkt kann der Stadtammann dies jedoch nicht so genau sagen, es handelt sich um eine grobe Tendenz.

(Sitzungspause)

VII Investitionsbedarf und Finanzierung

Hr. Hans Rudolf Schlatter möchte vom Stadtrat noch gerne wissen, wie man auf die 60 % der Investitionssumme gekommen ist, welche nachher aus dem Betrieb des Seniorenzentrums verzinst und amortisiert werden sollen. Weshalb nicht 40 %, 50 %, 80 % oder 0 %?

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann, antwortet, dass der Stadtrat zuerst mit 50 % gestartet ist und danach eine saubere Kostenrechnung erstellt hat. Man hat geschaut, wie hoch man gehen kann und was tragbar ist, wenn man dies auf die Tagestaxen umlegt. Der Stadtrat bemerkte dann, dass er sogar auf 60 % erhöhen kann und mit den Tagestaxen immer noch in einem tragbaren Bereich liegt.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen mehr. Die Vorsitzende lässt über den stadträtlichen Antrag abstimmen:

Für die Projektierung und Ausarbeitung des Kostenvoranschlags für den Neubau Luzernerstrasse und für die Planersubmission für den Umbau Rosenberg in Alterswohnungen sowie die baulichen Anpassungen Tanner sei ein Kredit von CHF 1'656'000.– zu bewilligen.

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 30:6 Stimmen zugestimmt.

Art. 141

GK 189

Genehmigung der Bauabrechnung über die Sanierung von Volière und Wasserteil „Trottenweiher“

Hr. Thomas Valko, Referent der FGPK, hält fest, dass die Volière und der Trottenweiher saniert sind. Der Weg dorthin war lang und steinig. Auf die Details braucht er nicht einzugehen, diese sind allen hinreichend bekannt. Nun liegt die Bauabrechnung vor, welche die FGPK einstimmig angenommen hat.

Die Spezialkommission unter der Leitung von Hans-Martin Plüss hat sehr gute Arbeit geleistet und das Ganze in vielen Sitzungen minutiös aufgearbeitet. Dabei sind Anregungen und Prozessvorschläge hervorgegangen, welche auch in Zukunft helfen sollen, solche Vorkommnisse zu vermeiden.

Die zweite Bauphase unter der Leitung von Lukas Reichmuth, Stv. Leiter Bau und Umwelt, ermöglichte dem zuständigen Stadtrat Jürg Bachmann immer genau über die Kosten und den Baufortschritt informiert zu sein. Dass dabei sogar eine Kostenunterschreitung von 3,36 % heraus schaute, sei ebenfalls positiv vermerkt.

Die vorliegende Bauabrechnung ist klar und übersichtlich und die noch offenen Fragen konnten der FGPK beantwortet werden. Nun darf sich die Bevölkerung am gelungenen Bauwerk erfreuen und der Einwohnerrat kann trotz der Mehrkosten sagen: „Ende gut, alles gut!“

Die FGPK empfiehlt auch den Mitgliedern des Einwohnerrates, die vorliegende Bauabrechnung zu genehmigen.

Nachdem Eintreten nicht bestritten ist, eröffnet die Vorsitzende die Eintretensdebatte.

Hr. Hans-Martin Plüss spricht für die SP-Fraktion und auch ein wenig im Namen der Spezialkommission Trottenweiher. Als damaliger Präsident hat er das Ratsbüro angefragt, ob er die Schlussabrechnung ebenfalls anschauen darf. Dies wurde ihm bewilligt und er hat dies am Morgen des 1. Mai 2009 getan. Die Bauabrechnung wurde absolut minutiös und sauber geführt. Fragen wurden ihm von Lukas Reichmuth, Stv. Leiter Bau und Umwelt, zu seiner vollsten Zufriedenheit beantwortet.

Zur Nichtausschöpfung des Zusatzkredites kann Hans-Martin Plüss vielleicht noch sagen, dass zu den CHF 50'000.– ausserdem dazu gezahlt werden könnte, dass eine Teuerung nicht gerechnet wurde. Und im Weiteren hat die Stadt ein Legat über CHF 35'000.– von einer Stiftung aus Basel erhalten. Auch diese CHF 35'000.– konnten gespart werden. Man könnte also sagen, dass unter dem Strich der Zusatzkredit um insgesamt nahezu CHF 100'000.– günstiger abgeschlossen werden konnte.

Die Spezialkommission hat damals als letzten Satz im Schlussbericht geschrieben, sie hoffe, mit einer konstruktiven Haltung einen Beitrag zum versöhnlichen Abschluss des Projekts Trottenweiher zu leisten. Dieser versöhnliche Abschluss ist aus Sicht von Hans-Martin Plüss zu 100 % gelungen und auch er möchte sich bedanken; bei den Unternehmern, welche der Stadt im einen oder anderen Punkt noch entgegengekommen sind, bei Lukas Reichmuth, Stv. Leiter Bau und Umwelt, welcher der zweite Teil dieses Projekts perfekt abgewickelt hat und bei Stadtrat Jürg Bachmann. Er war vermutlich jener, welcher am meisten unter diesem Schlamassel leiden musste und im Nachhinein kann man sagen, dass er dies sehr gut getragen und professionell erledigt hat. Dafür gebührt ihm einen herzlichen Dank und es ist schade, dass er zurücktritt.

Gemäss Hrn. Stefan Giezendanner könnte und müsste man sich grundsätzlich des Langen und Breiten über dieses Geschäft unterhalten. Doch auf einen Nenner gebracht: Es ist und bleibt ein Desaster. Aber fairnesshalber sei angebracht: Ein Desaster aus welchem man Lehren und Konsequenzen gezogen hat bzw. zieht.

Historie

Seiner Meinung nach, baut das Geschäft „Trottenweiher“ auf vier Eckpfeilern auf:

1. Der Einwohnerrat hat in den Vorjahren einen Kredit von CHF 754'000.– für die Sanierung gesprochen. Über die regionale Presse, namentlich dem Zofinger Tagblatt, erfuhr man, dass weitere CHF 350'000.– beantragt werden müssen, weil der Kredit überschritten wird. Nach seiner Milchbüchleinrechnung ergibt dies CHF 1,1 Mio.
2. Dieser unhaltbare Zustand wurde von der SVP nicht toleriert und wurde sogleich mit einer dringlichen Interpellation am 21. Oktober 2007 thematisiert, um dem dringend notwendi-

gen Aufklärungs- und Informationsbedarf gerecht zu werden. Im Nachhinein unvorstellbar, was vorgegangen wäre, wenn die SVP nicht unmittelbar und zeitnah interveniert hätte.

3. Die ersten Konsequenzen wurden mit der Einberufung einer Spezialkommission gezogen. Mit grossem Geschick, dem notwendigen Zeitaufwand, der nötigen Zähheit sowie nicht zuletzt auch dem Gespür als Rechtsgelehrter führte der Präsident, Hans-Martin Plüss (SP), die Spezialkommission vorbildlich, um mit Aufklärungsarbeiten Licht ins Dunkle zu bringen.
4. Mit einer objektiven Lagebeurteilung und fundiertem Sachverstand unterbreitete der neu geführte Bereich Bau und Umwelt, namentlich vertreten durch Lukas Reichmuth, Stv. Leiter Bau und Umwelt, einen leider Gottes realistischen Kostenvoranschlag von CHF 1'511'400.–. Dies entspricht dem Zusatzkreditantrag über CHF 767'400.–, welchem stattgegeben wurde. Gegenüber den im Eckpfeiler 1 angesprochenen CHF 1,1 Mio. nochmals CHF 400'000.– mehr unter dem Strich!

Aktualität

Heute liegt die Bauabrechnung zur Genehmigung vor. Grundsätzlich bleibt dem Einwohnerrat nichts anderes übrig als die Abrechnung zu genehmigen, da auch der Zusatzkredit gesprochen wurde. Fakt ist einerseits, dass durch die straffe Projektführung – nach dem Eintreten des Desasters – des Bereichs Bau und Umwelt veranschlagte Kosten von rund CHF 50'000.– eingespart werden konnten. Dies ist löblich, aber es darf nicht ausser Acht gelassen werden, dass Herr und Frau Steuerzahler der Stadt Zofingen gegenüber dem ursprünglichen Projekt CHF 706'589.80 zusätzlich zu berappen haben. Ein Zustand, welcher nicht einfach so toleriert werden kann. Aber wie eingangs erwähnt, wurden die notwendigen Konsequenzen gezogen und es gilt den aktuellen Zustand zu akzeptieren.

Fazit

Tempi passati. Um die Vergangenheitsbewältigung abzuschliessen, befürwortet die SVP-Fraktion die Genehmigung der vorliegenden Bauabrechnung bzw. des GK 189.

Hrn. Jürg Bachmann, Stadtrat, sowie den anderen Stadtratsmitgliedern ist klar, dass es eher unüblich ist, eine Bauabrechnung dem Einwohnerrat zu unterbreiten. Der Stadtrat versuchte immer rollend zu informieren. Was bekannt war, wurde dargelegt. Und er wollte auch eine transparente Bauabrechnung vorlegen.

Die Aussage in der Pressemitteilung bezüglich der Kostenüberschreitung bei diesem Kredit war nicht ganz glücklich. Wie alle wissen, folgte nach einer katastrophalen ersten Halbzeit wenigstens in der zweiten Hälfte eine strukturierte und gute Leistung. Sonst würde eine echt massive Kostenüberschreitung vorliegen.

Auf die Einwohnerratssitzung vom 17. März 2008 wurde unter der Federführung von Lukas Reichmuth, Stv. Leiter Bau und Umwelt, der Kostenvoranschlag aufgrund des ersten Projekts ganz neu gerechnet. Formell sah dieser sehr ähnlich aus, nicht aber von den Zahlen her.

Während der Bauzeit trafen sie sich wöchentlich. Baufortschritte, Schnittstellenprobleme, Abweichungen zwischen Planung und Ausführung, aber auch Verschiebungen finanzieller Art innerhalb der Positionen wurden diskutiert. Stadtrat Jürg Bachmann war immer im Bilde über den Kostenvoranschlag, die effektiven Ausgaben und allfällige Reserven. Eine Kostenkontrolle hat er selber keine geführt und er hat auch keine Positionen selber nachgerechnet.

An dieser Stelle möchte er Lukas Reichmuth sowie dem Bereich Bau und Umwelt ganz herzlich danken für diese Leistung. Diese Art von Zusammenarbeit zwischen Stadtrat und Verwaltung bzw. strategischer und operativer Ebene entspricht seiner Vorstellung und wird geschätzt.

Auch das finanzielle Resultat von ca. CHF 50'000.– bzw. 3,36 % wurde kurz angesprochen. Darin nicht enthalten sind die CHF 35'000.–, welche in die Laufende Rechnung geflossen sind.

Stadtrat Jürg Bachmann ist der Meinung – auch im Namen der Natur- und Landschaftsschutzkommission bzw. der Kommission Tierparkanlagen – dass die Anlage gelungen ist. Sie ist naturnah, tiergerecht und einladend für Jung und Alt. Natürlich kann man – wie bei jedem

Bauwerk – über Kleinigkeiten, wie beispielsweise Bänke, diskutieren. Im Frühling entstand das letzte Element – das Wydenhaus, welches wunderschön blüht. Nun kann man sagen, dass die Anlage fertig gestellt ist. Seiner Ansicht nach konnte das, was am Anfang mit anderen Kosten geplant war, realisiert werden.

Nachdem die Eintretensdebatte abgeschlossen ist, eröffnet die Vorsitzende die Detailberatung über die Vorlage.

Das Wort wird in der Detailberatung nicht verlangt, die Vorsitzende lässt über den stadträtlichen Antrag abstimmen:

Die Bauabrechnung über die Sanierung von Volière und Wasserteil „Trottenweiher“ sei zu genehmigen.

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 35:0 Stimmen zugestimmt.

Art. 142

GK 180

Neufestsetzung der Entschädigungen und Vergütungen an die Stadtratsmitglieder

Vor der Behandlung dieses Geschäftes gilt es noch einige Bemerkungen zur Frage der Ausstandspflicht anzubringen. Die Vorsitzende teilt mit, dass Stadtschreiber Arthur Senn beim Leiter des Rechtsdienstes der Gemeindeabteilung abgeklärt hat, wer bei diesem Geschäft ausstandspflichtig ist. Folgende Antwort hat er erhalten: Zwingend in den Ausstand müssen nur die wieder kandidierenden Stadtratsmitglieder inkl. Stadtammann, weil es bei ihm ebenfalls um die Erhöhung der Spesen geht. Weitere Kandidatinnen und Kandidaten, ob nominiert, angemeldet oder noch gar nichts von beidem, müssen nicht in den Ausstand, da aus Sicht des Rechtsdienstes die so genannte Unmittelbarkeit nicht gegeben ist. Diesen Personen ist es aber freigestellt, sich freiwillig in den Ausstand zu begeben. Gemäss § 25 des Gemeindegesetzes muss vor der Abstimmung in den Ausstand getreten werden. Die betroffenen Personen können bei den Verhandlungen also anwesend sein. Auch hier ist es ihnen jedoch freigestellt, von Anfang an nach draussen zu gehen.

Rolf Moor, welcher bekanntlich als Stadtrat kandidiert, sowie die Vorsitzende haben sich entschieden, von Anfang an in den Ausstand zu treten. Stadtschreiber Arthur Senn hat darauf Patricia Kettner als Präsidentin der FGPK angefragt, ob sie dieses Geschäft leiten würde. Sie hat zugesagt und die Vorsitzende übergibt ihr nun ihren Platz sowie das Mikrofon.

Fr. Patricia Kettner erläutert kurz den Ablauf der Behandlung dieses Traktandums. Zuerst hat Robert Weishaupt, Sprecher der FGPK, das Wort. Danach die Fraktionssprecherinnen und -sprecher. Anschliessend folgen allfällige weitere Eintretensvoten, die Detailberatung der Vorlage und die Abstimmung. Sie weist nochmals darauf hin, dass die Zeit ziemlich weit fortgeschritten ist und erteilt dem FGPK-Mitglied Robert Weishaupt das Wort.

Hr. Robert Weishaupt, Referent der FGPK, hält fest, dass mit dem GK 180 die zukünftigen Entschädigungen und Vergütungen an die Stadtratsmitglieder geregelt werden. Letztes Mal wurden diese am 13. Juni 2005 festgelegt.

In der Vergangenheit hat der Einwohnerrat die Entschädigungen der Stadtratsmitglieder jeweils für eine Amtsperiode definiert. Die Gültigkeit der Ansätze soll neu nicht mehr auf eine Amtsperiode festgelegt werden, sondern die nebenamtlichen Stadtratsmitglieder sollen im Sinne eines gewissen Teuerungsausgleiches jährlich eine generelle Lohnanpassung erhalten, wie dies bei den Angestellten der Einwohnergemeinde der Fall ist.

Wie kam es überhaupt zu dieser Vorlage? Die FGPK ist für die Antragstellung zur Neufestsetzung der Entschädigungen sowie Vergütungen an die Stadtratsmitglieder zuständig. Philipp Hangartner, damaliger Präsident der FGPK, sowie Patricia Kettner, damalige Vizepräsidentin

der FGPK, haben im Namen der FGPK vor letzter Weihnacht einen Brief an den Stadtrat geschrieben. Dies weil die FGPK der Meinung war, dass die Entschädigungen an den Stadtrat bisher ein Tabuthema waren bzw. immer noch sind. Die Argumente des Stadtrates zu einer Anpassung der Entschädigungen sind in der Vorlage ersichtlich. Mit dem Brief wollte die FGPK vom Stadtrat hören, wie er seine Arbeitsbelastung sieht. Die Antworten des Stadtrates auf diesen Brief sind in die Einwohnerratsvorlage eingeflossen.

Es fand auch eine Sitzung statt, bei welcher Stadtammann Hans-Ruedi Hottiger, Stadtrat Hansruedi Gilgen, Philipp Hangartner und Patricia Kettner anwesend waren, um die offenen Fragen zu diskutieren. Aufgrund dieser Diskussion hat Stadtschreiber Arthur Senn freundlicherweise die Vorlage ausgearbeitet und die FGPK hat in 2 Lesungen diese weiterbearbeitet.

Neu sollen die Mitglieder des Stadtrates also CHF 40'000.– und der Vizeammann CHF 45'000.– erhalten. Über die Ansätze kann man diskutieren, was auch in der FGPK der Fall war. Das Stadtratsmandat ist mit mindestens einem 30 %-Arbeitspensum gleichzusetzen. Auch mit CHF 40'000.– liegt die Stadt Zofingen in einem anständigen bzw. bescheidenen Rahmen. Die Meinung der FGPK war, dass die Entschädigungen an die Stadtratsmitglieder im Verhältnis zu denen ihrer Chefbeamten stehen sollten.

Die Hauptbegründung für die Erhöhung der Spesenvergütung auf CHF 6'000.– war, dass die Stadtratsmitglieder im Stadthaus keinen Arbeitsplatz zur Verfügung haben und sich zu Hause einen solchen mit der entsprechenden Infrastruktur einrichten müssen. Es braucht also ein Büro, Platz für einen PC und eine Ablage usw.

Die FGPK hat allen drei Anträgen mit 8:0 Stimmen, bei 8 Anwesenden FGPK-Mitgliedern, zugestimmt und steht somit einstimmig hinter dieser Vorlage. Dies, weil von den Mitgliedern des Stadtrates immer mehr verlangt wird und es sich heute bei weitem nicht mehr um ein Ehrenamt handelt. In den letzten 3 Jahren wurden von der FGPK vehement Professionalisierung und Führung gefordert. Deshalb dürfen sie für ihre Arbeit auch richtig vergütet werden.

Nachdem Eintreten nicht bestritten ist, eröffnet Fr. Patricia Kettner die Eintretensdebatte.

Zur richtigen Zeit am richtigen Ort und zu den richtigen Kosten! Gemäss Hrn. Stefan Giezen-danner ist dies die einfache Umschreibung des neuzeitlichen Begriffs Logistik, dem Bereich, in welchem er auch beruflich tätig sein darf. Anlehnend und überleitend findet er für die aktuelle Vorlage GK 180 nur folgende treffenden Worte: Zur falschen Zeit am falschen Ort und zu den falschen Kosten!

Beim Gedanken daran, dass viele Betriebe momentan Kurzarbeit eingeführt haben, weitere diese einführen werden, Kündigungen erfolgt sind und weitere folgen werden, findet er dies sehr ungemütlich und er schämt sich für die aktuelle Vorlage. Die Neufestsetzung der Entschädigungen und Vergütungen ist nichts anderes als ein „Watsch ad Ohre“ gegenüber jeder Bürgerin und jedem Bürger dieser Stadt. Nur schon diese Vorstellung macht ihn rasend und lässt sein Gemüt erhitzen. Aber dennoch versucht er dieses abzukühlen und zu den vorliegenden Fakten zurückzukehren:

Faktum 1: Erhöhung der Besoldung des Vizeammanns von CHF 40'000.– auf CHF 45'000.–

Erkenntnis 1: Lohnerhöhung von sage und schreibe 12,5 %.

Erkenntnis 2: Bei einem 35 %-Pensum ergäbe dies rund CHF 130'000.– Jahreslohn oder umgerechnet CHF 11'000.– Monatslohn.

Erkenntnis 3: Eine Verdoppelung bzw. 100 % Zuwachs der Spesen.

Faktum 2: Erhöhung der Besoldung der Stadtratsmitglieder von CHF 33'500.– auf CHF 40'000.–

Erkenntnis 1: Lohnerhöhung von sage und schreibe 20 %.

Erkenntnis 2: Bei einem 30 %-Pensum ergäbe dies knapp CHF 135'000.– Jahreslohn oder CHF 11'250.– Monatslohn.

Erkenntnis 3: Eine Verdoppelung bzw. 100 % Zuwachs der Spesen.

Zusammengefasst ergäbe die gesamte Anhebung für die neue Legislaturperiode – wohlverstanden ohne Pensionskassenleistungen, Sozialleistungen usw. – einen zusätzlichen Geldabfluss von rund CHF 222'000.–. Einfach so – ohne Mehrleistungen und ohne Mehrwert. Stefan Giezendanner wehrt sich vehement gegen diese Erhöhung auf Kosten der Steuerzahlenden. Und übrigens, womit soll diese begründet werden? Mit einer spezifischen zusätzlichen Ausbildung, einer höchsten Kaderfunktion oder schlicht und einfach mit politischer Legitimation?

Nein, so nicht! Entweder will Mann bzw. Frau sich in den Dienst der Stadt Zofingen stellen und ist sich über die Mehrleistungen im Klaren oder er bzw. sie lässt es bleiben. Stadtrat zu sein bedeutet, zu Gunsten der Zofingerinnen und Zofinger zu walten und nicht zu Gunsten des eigenen Geldbeutels ein Sparkapital anzuäufnen. Stefan Giezendanner ist sich dessen bewusst und für ihn zählt der Dienst zu Gunsten der Gesellschaft, ob im Militär oder in der Politik, ob als Einwohnerrat oder als möglicher zukünftiger Stadtrat.

Fazit

Differenziert und sachlich hat die SVP-Fraktion die Anträge analysiert und beurteilt. Geschlossen lehnt sie die Erhöhung der Jahresbesoldung des Vizeammanns sowie der Stadtratsmitglieder ab. Ebenfalls wird eine jährliche Lohnanpassung um den generellen Anteil verneint, sollte einer Erhöhung der Jahresbesoldung durch den Einwohnerrat zugestimmt werden. Andernfalls spricht sich die SVP zähneknirschend für eine jährliche Lohnanpassung aus. Hingegen erscheint der Fraktion eine moderate Erhöhung der Spesenvergütung – wohlverstanden in absoluten Zahlen – einerseits wie auch die Anpassung des Paragraphen 11 andererseits als vertretbar und angebracht.

Stefan Giezendanner appelliert insbesondere an die bürgerlichen Kräfte dieses Parlaments, konkret an die FDP und teilweise an die Dynamische Mitte, mit der SVP den Riegel für einen zusätzlichen Geldabfluss von mindestens CHF 222'000.– zu Lasten der Steuerzahlenden zu schieben. Im Sinne aller Steuerzahlenden dankt er im Namen der SVP-Fraktion für die Unterstützung.

Hr. Urs Plüss ist nach diesem populistischen Votum ein wenig verwirrt. Die Fraktion Dynamische Mitte war an ihrer Fraktionssitzung mehrheitlich der Meinung, dass die Saläre ruhig angepasst werden können. Sicher ist der momentane Zeitpunkt ein bisschen ungünstig – die Entlassungen bei der Firma Müller Martini sind ein Härtefall. Aber man muss hier auch sehen, dass der Einwohnerrat eine Entscheidung trifft, welche zukunftsgerichtet ist. In 1 oder 2 Jahren, wenn sich die Wirtschaftslage normalisiert hat und es wieder rund läuft, kann der Einwohnerrat auch keine Erhöhung mehr vornehmen. Es wird heute entschieden.

Die Leistungen der Stadträte müssen schon angeschaut werden. Es stehen Wahlen an und voraussichtlich sind es 8 Kandidatinnen und Kandidaten für 7 Sitze. Dies ist nicht gerade viel. Hier könnte man auch sagen, dass die Demokratie mit Füßen getreten wird. Aber es ist so, dass die Mandate nicht sonderlich attraktiv sind und ein kleiner finanzieller Anreiz bzw. Ausgleich liegt schon drin. Die Mitglieder des Stadtrates stehen im Rampenlicht, haben grosse Präsenzzeiten, sind immer auf Achse und dies darf entgolten werden.

Aus Sicht einer Kassiererin mögen die Entschädigungen hoch sein, aber aus Sicht einer mittleren Kaderposition liegen diese ungefähr im Rahmen. Wenn sich jemand im mittleren Alter – wozu sich Urs Plüss ebenfalls zählt – für einen solchen Job interessiert, muss er sich schon überlegen, wie viele Einbussen er auf sich nehmen will. Urs Plüss kennt die finanziellen Verhältnisse von Stefan Giezendanner nicht. Aber jemand anderes muss sich dies mit den Einbussen bei der Pensionskasse usw., welche anstehen, wenn man sein Arbeitspensum um 30 % reduziert, natürlich überlegen. Es handelt sich um eine normale Abgeltung, welche schlichtweg nicht überrissen ist.

Deshalb ist die Fraktion Dynamische Mitte der Meinung, dass etwas angepasst werden kann. Aus der Fraktion wird noch ein Antrag folgen, um dies ein wenig abzufedern. Urs Plüss bittet den Einwohnerrat aber, dem Antrag bzw. dieser Erhöhung ansonsten zuzustimmen.

Hr. Michael Wacker hält fest, dass die SP-Fraktion dieses Geschäft ebenfalls diskutiert hat. Entgegen der Meinung der SVP ist sie zu einem anderen Schluss gekommen. Die SP hat nämlich

begriffen, dass die Arbeitslast des Stadtrates in den letzten 4 Jahren massiv angestiegen ist. Wahrscheinlich können die beiden anwesenden Herren dies mehr als nur bestätigen. In diesem Zusammenhang hat die SP-Fraktion dieser Vorlage einstimmig zugestimmt. Sie ist sich aber bewusst, dass dies in den nächsten Jahren bestimmt nochmals wird diskutiert werden müssen. Es stehen Fusionen an und der Einwohnerrat wird bis im Jahr 2013 wahrscheinlich noch mehrmals über die ganze Thematik Exekutive wie auch Legislative diskutieren müssen.

Michael Wacker erlaubt sich nun, Stefan Giezendanner noch eine Antwort zu geben: Klar ist es brutal, wenn man seinen Arbeitsplatz verliert. Es ist das Schlimmste, was jemandem passieren kann. Diese Wirtschaftslage ist tragisch. Aber die Damen und Herren Stadträte arbeiten hart für dieses Geld. Und wenn Stefan Giezendanner von 20 % spricht... Michael Wacker liest in der Vorlage, dass der Vizeammann im Jahr 1998 CHF 39'100.– erhielt. Dies war vor 11 Jahren. Heute erhält er CHF 40'000.–. Dies ergibt ungefähr 2 % Erhöhung in diesen 11 Jahren. Er hat keine Ahnung was die Firma Giezendanner vor 11 Jahren für Löhne bezahlt hat, aber wahrscheinlich waren sie einiges tiefer als nur 2 %. Irgendwann ist der Punkt erreicht, wo man dies muss anpassen können.

Noch etwas an die Adresse der SVP: Es sind vorwiegend die bürgerlichen oder rechtsbürgerlichen Kräfte, welche Forderungen stellen, wie Prozessmanagement, Kostenkontrolle, Führungserfahrung usw. Wenn man gute Leute haben will, muss man auch Geld in die Finger nehmen.

Hr. Dieter Matter ist ebenfalls nicht der gleichen Meinung wie Stefan Giezendanner. Es handelt sich um gutes Geld für gute Leute. Dieses Motto pflegt er auch selber sowie in seinem Unternehmen konsequent, ohne exorbitante Boni zu bezahlen. Gutes Geld gibt zwar noch keine Garantie für gute Leute, aber es ist und bleibt eine wichtige Voraussetzung. Man braucht gute Leute im Stadtrat, welche für ihre guten Leistungen eine angemessene Wertschätzung erhalten. Man kann es sich gar nicht leisten, den Stadträten keine angemessene Entschädigung zu bezahlen. Die FDP will dafür die Stadträte auch entsprechend fordern können. CHF 40'000.– bzw. CHF 45'000.– für eine ca. 30 %-Arbeitsstelle mit Verantwortungsaufgaben, Führungsaufgaben sowie Präsenz in der Öffentlichkeit ist nicht zu viel. Es muss im Gegenteil sichergestellt werden, dass sich gute Leute für den Stadtrat interessieren und nicht nur solche, welche sich dies leisten können. Dies sind meistens Leute, welche Dank ihrer Arbeitsstellung keine oder fast keine Lohneinbussen entgegennehmen müssen. Dies ist nicht im Sinne der direkten Demokratie.

Eine Anhebung der Stadtratsbesoldungen um CHF 6'500.– bzw. CHF 5'000.– auf CHF 40'000.– bzw. CHF 45'000.– ist deshalb angemessen, und ist zumindest ein kleines Zeichen, dass man feine Stadträte haben will, welche entsprechend gefordert werden können. Alles andere ist Augenwischerei und sollte nicht als Wahlkampfakt missbraucht werden. Es geht um gute Leute für gutes Geld und um die Pflege des demokratischen Systems. Deshalb ist die FDP für eine Annahme dieses Geschäftes.

Hr. Daniel Schmid brennt es unter den Fingernägeln, er muss aufstehen und etwas dazu sagen. Stefan Giezendanner sagte vorhin zur richtigen Zeit zum richtigen Preis am richtigen Ort. Ein alter logistischer Grundsatz. Daniel Schmid war selber auch fast 10 Jahre in einem internationalen Logistikkonzern tätig. Er ist aber der Meinung, dass Stefan Giezendanner etwas ganz Wesentliches vergessen hat und hofft, dass dies den übrigen Mitgliedern des Einwohnerrates nicht passiert. Die richtige Ware muss am richtigen Ort zur richtigen Zeit und zum richtigen Preis sein. Letztlich geht es hier auch darum, dass die richtigen Leute im Stadtrat sein sollen. Und diese hat man nur, wenn auch das Geld stimmt.

Nachdem die Eintretensdebatte abgeschlossen ist, eröffnet Fr. Patricia Kettner die Detailberatung über die Vorlage.

IV Besoldungen der nebenamtlichen Stadtratsmitglieder

Fr. Irma Jordi hat einen Antrag. Den Schritt von CHF 33'500.– auf CHF 40'000.– dünkt sie relativ gross. Sie ist der Meinung, dass man sich im Moment in einer Zwischenphase befindet und der Einwohnerrat zu einem späteren Zeitpunkt überhaupt über die Aufteilung im Stadtrat wird

diskutieren müssen. Ob, wenn die Fusionen abgeschlossen sind, nicht alles anders verteilt werden soll und mehr vollamtliche, professionelle Kräfte benötigt werden.

Sie hat sich überlegt, ob nicht einfach nur die Teuerung ausgeglichen werden sollte. In den letzten 8 Jahren machte dies 7,4 % aus. Bei der Besoldung der Stadtratsmitglieder würde dies eine Erhöhung von CHF 33'500.– auf CHF 36'000.– und bei der Besoldung des Vizeammanns von CHF 40'000.– auf CHF 43'000.– bedeuten. Die Teuerung sollte sicher zugestanden werden. Die vorgesehenen Erhöhungen findet sie jedoch ein wenig hoch. In Zeiten wirtschaftlicher Schwierigkeiten ist sie sich nicht ganz sicher, ob es nicht ein wenig an politischer Sensibilität fehlt, wenn man ausgerechnet zum jetzigen Zeitpunkt die Anhebung der Besoldungen aus Steuergeldern finanziert. Sie hofft, dass das eine oder andere Mitglied des Einwohnerrates ihrem Antrag zustimmen kann.

Hr. Stefan Giezendanner stellt fest, dass ein Antrag im Raum steht. Er möchte dem Fairnessprinzip Folge leisten und klinkt sich jetzt ebenfalls aus, da es über den Antrag abzustimmen gilt.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen mehr. Fr. Patricia Kettner lässt über die Anträge von Irma Jordi abstimmen:

1. *Die Jahresbesoldung des Vizeammanns soll auf CHF 43'000.– festgelegt werden.*

Der Antrag wird mit 28:3 Stimmen abgelehnt.

2. *Die Jahresbesoldung der Mitglieder des Stadtrates soll auf CHF 36'000.– festgelegt werden.*

Der Antrag wird mit 27:3 Stimmen abgelehnt.

Hr. Marcel Murri hält fest, dass eigentlich alles gesagt wurde. Trotzdem möchte er wiederholen, dass Professionalität gesucht ist. In letzter Zeit wurde dies bei praktisch allen Geschäften gefordert. Hierzu gibt es 3 Punkte, welche zu beachten sind:

Die Anforderungen sind gestiegen. Der Einwohnerrat erlebt dies selber, denn er stellt auch höhere Anforderungen. Es braucht Profis, welche damit umgehen können. Ebenfalls braucht es Leute, welche sich engagieren möchten. 8 Kandidierende für 7 Sitze sind nicht üppig. Manchmal ist es eine gefreute Sache Stadträtin bzw. Stadtrat zu sein, aber oftmals eben auch nicht. Und hier braucht es irgendeine Gegenleistung. Die Zeit des Frondienstes ist vorbei. Nicht zuletzt müssen solche Pensenreduktionen, welche bei den meisten Leuten im Hauptberuf erfolgen, irgendwie abgedeckt werden.

Marcel Murri ist der Meinung, dass der Vorschlag der FGPK vernünftig ist und bittet den Einwohnerrat, diesem nach Möglichkeit zu folgen.

Nachdem das Wort nicht weiter gewünscht wird, lässt Fr. Patricia Kettner über die Anträge der FGPK abstimmen:

1. *Die Jahresbruttobesoldungen der Stadtratsmitglieder seien mit Wirkung ab Beginn der Amtsperiode 2010/2013 wie folgt festzusetzen:*

1.1 *Vizeammann-Amt*
Jahresbesoldung von CHF 45'000.–

Dem Antrag der FGPK wird mit 23:6 Stimmen zugestimmt.

1.2 *Mitglied Stadtrat*
Jahresbesoldung von CHF 40'000.–

Dem Antrag der FGPK wird mit 24:6 Stimmen zugestimmt.

1.3 Die Besoldungen der nebenamtlichen Stadtratsmitglieder werden jährlich um den generellen Anteil der Lohnanpassungen, wie er den Mitarbeitenden der Einwohnergemeinde gewährt wird, angepasst.

Dem Antrag der FGPK wird mit 25:6 Stimmen zugestimmt.

2. Die pauschale Spesenvergütung der Stadtratsmitglieder (inkl. Stadtammann) für amtliche und Repräsentations-Verpflichtungen sowie Aufwendungen am Ort sei ab Beginn der Amtsperiode 2010/2013 auf je CHF 6'000.– pro Jahr festzusetzen.

Dem Antrag der FGPK wird mit 28:1 Stimmen zugestimmt.

3. § 11 erster Satz des Reglements über die Versicherung der Mitglieder des Stadtrates und das Ruhegehalt des Stadtammanns vom 11. Dezember 1989 sei mit Wirkung ab 1. Januar 2010 wie folgt anzupassen:

„Als Abgeltung für ihre Vorsorge erhalten die nebenamtlichen Mitglieder des Stadtrates 8 % ihrer Stadtratsbesoldung (inkl. Teuerung) ausgerichtet.“

Dem Antrag der FGPK wird mit 30:0 Stimmen zugestimmt.

Fr. Patricia Kettner bedankt sich für die speditive Beratung des Geschäftes sowie die offenen Wortmeldungen und bittet den Stadtweibel, die sich im Ausstand befindenden Personen wieder in den Saal zu bitten. Anschliessend gibt sie diesen noch die Resultate der Abstimmung bekannt. An dieser Stelle dankt sie den bisherigen sowie zukünftigen Stadtratsmitgliedern für ihr grosses Engagement. Persönlich ist sie sehr stark der Meinung, dass sie dieses Zeichen des Einwohnerrates als Wertschätzung zu schätzen wissen. Hiermit übergibt sie das Wort sowie das Mikrofon wieder der Einwohnerratspräsidentin.

Art. 143

GK 183

Interpellation von Hans Rudolf Schlatter, DYM, vom 16. März 2009 betr. Aufhebung der Schrebergärten Eisengrube (Begründung und Beantwortung)

Die Begründung der Interpellation sowie die Beantwortung des Stadtrates liegen schriftlich vor. Diese Schreiben wurden dem Einwohnerrat im Vorfeld dieser Sitzung per Post bzw. E-Mail zugestellt.

Hr. Hans Rudolf Schlatter möchte, obwohl seine Interpellation sowie die Antwort des Stadtrates schriftlich vorliegen, noch etwas dazu sagen. Er ist dort seit mindestens 30 Jahren ebenfalls Pächter. Er wehrt sich jedoch nicht für sich persönlich, sondern für all jene, welche in einer Mietwohnung leben und den Schrebergarten als zweites Zuhause, für ihre sozialen Kontakte, ihre Lebensqualität sowie ihre Gesundheit brauchen.

Hans Rudolf Schlatter stellt fest, dass die Information für die Pächter erst nach Einreichen seiner Interpellation durchgeführt wurde, obwohl man dies bereits im Jahr 2008 hätte machen müssen. Was ihn am ganzen Ablauf so stört, ist die Ignoranz der Verwaltung – das heisst primär der StWZ Wasser AG und damit auch der Stadt Zofingen. Der ganze Verlauf dieser Kündigung ist ein Paradebeispiel wie man es nicht machen sollte. Die verantwortlichen Personen haben immer noch keine Ahnung, was die Schrebergärten diesen Pächtern bedeuten. Sie waren auch noch nie dort, um diese anzuschauen und schon gar nicht, um mit den Leuten zu diskutieren.

Es hat sich auch niemand überlegt, ob es irgendwo in Zofingen ein kleines Stückchen Land gäbe, auf welchem Pflanzgärten errichtet werden könnten. Die Stadt hat nie ein Entgegenkommen, sprich ein Ersatz oder eine verzögerte Aufhebung dieser Schrebergärten, angedeutet, so dass die älteren Leute so lange, wie sie noch gärtnern können, dort bleiben könnten.

Die Schrebergärten zur Verfügung stellen gehören nicht zu den Kernaufgaben der Stadt. Natürlich nicht, damit ist Hans Rudolf Schlatter einverstanden, aber viele andere Sachen, welche die Stadt ebenfalls macht, gehören auch nicht zu den Kernaufgaben.

Er stellt fest, dass die meisten Pächter völlig frustriert sind und es auch weiterhin bleiben werden. Die Antwort des Stadtrates nimmt er zur Kenntnis, ist aber selbstverständlich nicht zufrieden damit.

Von Seiten des Stadtrates werden keine Ergänzungen zur schriftlichen Beantwortung gemacht.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

Art. 144

Umfrage

Hinweis der Protokollführung

An der Einwohnerratssitzung wurden zuerst alle Fragen gestellt, und danach folgten die Beantwortungen durch den Stadtrat. Aus Gründen der Übersichtlichkeit folgt im Protokoll die jeweilige Beantwortung gleich nach der Frage.

Hr. Daniel Schmid hält fest, dass der Presse entnommen werden konnte, dass die Fusionsverhandlungen mit der Gemeinde Uerkheim auf gutem Wege sind und die Vorabklärungen gut laufen. Vor ungefähr einem halben Jahr wurde er in eine Spezialkommission gewählt und es würde ihn interessieren, wann diese in das Projekt integriert wird.

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann, erklärt, dass der Stadtrat sehr froh ist, wenn diese zu ihrem Einsatz kommt. Im Moment steht das Mitwirkungsverfahren bevor. Die Bevölkerung kann zum Fusionsvertrag sowie den Erläuterungsbericht Stellung nehmen und Inputs geben. Sobald dieses abgeschlossen ist, wird der Zeitpunkt sein, um eine erste Sitzung der Spezialkommission einzuberufen. Dem Stadtammann schwebt vor, relativ früh eine erste Sitzung anzusetzen, damit man sich ein wenig auf die Materie einstimmen kann. Vor allem der Erläuterungsbericht ist ein relativ umfangreiches Werk. Zuerst wird aber das Mitwirkungsverfahren durchgeführt. Der Stadtammann nimmt mit, dass die erste Sitzung der Spezialkommission rechtzeitig terminiert werden soll.

Hr. Urs Siegrist hat einerseits eine Bemerkung und andererseits eine Frage. Zuerst die Bemerkung: Er ist heute in der glücklichen Lage einen Kulturpreis erhalten zu haben. Ausser einer Person, weiss dies hier vermutlich niemand. Es handelt sich um den „Prix Rotary“, einem namhaften Barbetrag, den er für seine Arbeit als Konservator des Museums erhalten hat. Er hat diesen nur entgegengenommen, weil er ihn vollumfänglich für das Museum einsetzen wird. Dies steht auch so in der Urkunde geschrieben. Diese Bemerkung wollte er anbringen, damit es keine Probleme gibt mit der Verwaltung bezüglich der Steuern.

Nun folgt seine Frage: In Zofingen gibt es ein grosses Industrie-Areal, welches „Bleiche“ heisst. Dieses liegt dummerweise in zwei Gemeinden. Die Wigger fliesst durch das Areal und die Brücke, welche darüber führt, ist weder für Lastwagen noch andere Fahrzeuge befahrbar. Es gibt dort über 120 Mieter. Es hat internationale Firmen sowie Firmen, welche mit Lastwagen beliefert werden. Das Problem ist, dass das Bleiche-Areal in keinem GPS-System auf der richtigen Seite erscheint. Offenbar wurden bei der Stadt bereits schriftliche Anfragen eingereicht, jedoch ohne Wirkung. Dabei wäre es so einfach, das Bleiche-Areal auf der Zofinger Seite „Bleiche Ost“ und auf der Strengelbacher Seite „Bleiche West“ zu benennen und dies so bei den zuständigen Firmen einzugeben, da sie dies nur auf amtlichen Antrag hin vornehmen können. Selber dürfen sie nicht irgendeine Adresse eingeben. Urs Siegrist bittet um eine möglichst schnelle Erledigung, weil jetzt immer alle die Zofinger Verwaltung anfahren und nachher mit dem Lastwagen über Strengelbach gehen müssen. Die Gemeinde Strengelbach hat den Bleicheweg unglücklicherweise in Webereiweg umbenannt. Nun findet niemand mehr das Areal.

Hr. Herbert H. Scholl, Stadtrat, hält fest, dass Urs Siegrist für einmal offene Türen einrennt. Dieses Problem befindet sich bereits in Bearbeitung. Die Verantwortlichen des Bleiche-Areals wurden orientiert. Offenbar haben diese jedoch Urs Siegrist nicht orientiert, dass die Zufahrten ins GPS-System aufgenommen werden. Nähere Auskünfte können nach der Sitzung beim Leiter Bau und Umwelt eingeholt werden.

Hr. Stefan Giezendanner bemerkt, dass die Firma Giezendanner in einem anderen Zusammenhang vorhin mehrmals erwähnt wurde. Diese bezahlt nicht nur anständige und gute Löhne, sondern bildet auch Lernende aus. Im Durchschnitt sind es 6 Lernende, davon 3 kaufmännische sowie 3 technische. Im Aufbau befindet sich sogar eine Lehrstelle als Lagerlogistikassistent.

Stefan Giezendanner erhält Informationen von den Schulen, unter anderem von der Berufsschule Zofingen, da er Personalchef der Unternehmensgruppe sein darf. Einerseits wird Lob und andererseits Tadel ausgesprochen. Er hat in seiner Erziehung noch ein anderes Gefühl von Tadel, wie beispielsweise Hausarbeiten, Sozialleistungen am Mittwochnachmittag anstelle von Fussball spielen usw., mitbekommen. Dies hat ihm im Nachhinein überhaupt nicht geschadet. Heute ist man so weit, dass der Lehrkörper bzw. der Konrektor, namentlich Herr Wellstein, teilweise nicht mehr in der Lage ist, anständige und erzieherische Methoden walten zu lassen. Das Einzige, was heute noch gemacht wird, ist Bussen ausstellen. Bussen über CHF 10.– für jenes und anderes. Seiner Meinung nach, ist der beschriftete Weg nicht gut. Vor allem steckt kein Lernprozess dahinter. Wie ist die qualifizierende Wirkung von unangemessenem Verhalten, wenn man dafür eine Busse über CHF 10.– verhängt? Dies sei dahingestellt.

Seine Frage an den Stadtrat bzw. den zuständigen Ressortvorsteher: Wie sieht dies bei der Real-, Sekundar- und Bezirksschule aus? Werden dort ebenfalls Bussen ausgesprochen?

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann, antwortet, dass die Schulpflege für die disziplinarischen Massnahmen zuständig ist. Es ist aber so, dass mit einem mehrstufigen Verfahren gearbeitet wird. Also mit Verwarnungen, welche schlussendlich zu einem Abzug im Betragen führen können. Ob dies sinnvoller ist als Bussen, sei dahingestellt.

An dieser Stelle möchte der Stadtammann erwähnen, dass er aus Gesprächen mit der Schulpflege weiss, dass nicht immer alle Elternpaare die verschiedenen Stufen mittragen. Vorhin hat Stefan Giezendanner beispielsweise Reinigungsarbeiten angetönt. Dies hat man auch versucht, aber leider wird es nicht von allen Eltern mitgetragen. Grundsätzlich kommen bei solchen Bestrafungsmassnahmen die Inputs vom Elternhaus und wenn dieses dagegen wirkt, ist sowohl eine Busse über CHF 10.– als auch ein Betragensabzug Blödsinn. Entscheidend ist also, wie das Elternhaus reagiert. Bei den Volksschulen geht es aber schlussendlich in Richtung Betragensabzug.

Hr. Urs Plüss hat an der letzten Einwohnerratssitzung gesagt, er habe den Eindruck, die Stengelbacherstrasse sei eine Raserstrasse. Die Polizei hat sich die Mühe gemacht, dort Messungen vorzunehmen. Bei 420 Messungen waren es nur 19 Geschwindigkeitsüberschreitungen. Damit kann dies eigentlich widerlegt werden. Wobei 420 Messungen bei 6'500 Bahnübergängen nicht so viel sind. Aber er nimmt zur Kenntnis, dass die Tatsache mit der Wahrnehmung anscheinend nicht übereinstimmt. Natürlich kann im 2. Gang mit 50 Km/h gefahren werden, was dann den Eindruck weckt, dies sei wahnsinnig schnell, was scheinbar aber nicht zutrifft. Deshalb korrigiert er sich in diesem Punkt.

Nun zu seiner Frage: Man kann in Leserbriefen immer wieder lesen, wie sehr die Gratis-Halbstunde beim Parkieren ein grosser Erfolg für das Gewerbe sei. Führt man dazu irgendwelche Untersuchungen durch oder hat man Rückmeldungen erhalten, aufgrund welcher man sagen kann, ob dies stimmt oder nicht?

Hr. Herbert H. Scholl, Stadtrat, dankt Urs Plüss für die objektive Wahrnehmung der Geschwindigkeitskontrolle, welche von der Repol an der Stengelbacherstrasse durchgeführt wurde. Man geht solchen Hinweisen jeweils nach. Aus den 23 Vertragsgemeinden gelangen immer wieder solche Hinweise an die Repol. Die anregenden Personen werden dann auch entsprechend darüber orientiert. Es freut ihn, dass diese Objektivität nicht angezweifelt wird.

Was die Gratis-Halbestunde anbelangt, erhält man aus Gewerbekreisen bzw. Altstadtkreisen viele positive Echos. Es wird als sympathische und verkaufsfördernde Massnahme registriert. Eine eigentliche Untersuchung, was dies ausmacht, wurde nicht vorgenommen. Der Stadtrat ist auch der Meinung, dass dies vorläufig nicht nötig ist. Er möchte diese Lösung einige Jahre in Betrieb haben und danach kann allenfalls, wenn dies noch gewünscht wird, eine Untersuchung durchgeführt werden. Subjektiv ist es positiv und objektiv kann Stadtrat Herbert H. Scholl dies nicht bestätigen. Aber er ist der Ansicht, dass die subjektive Wahrnehmung mit den objektiven Tatsachen übereinstimmt.

Hr. Marcel Thüler stellt fest, dass in der Stadt Zofingen am Samstagabend des Centralfestes Sicherheitskräfte patrouilliert sind. Es könnten auch Polizisten gewesen sein. Man hat diese nicht so genau erkannt, da sie inkognito unterwegs waren. Sein geschultes Auge hat sie dann aber doch enttarnt. Er möchte wissen, ob in Zukunft die Stadt am Wochenende durch Sicherheitskräfte inkognito kontrolliert wird, damit man sie nicht mehr sieht? Oder ist der Grund eher der, dass es sich dabei ebenfalls um private Sicherheitskräfte handelt, welche keine Uniform tragen dürfen?

Hr. Herbert H. Scholl, Stadtrat, kann Marcel Thüler beschwichtigen. Es hat keine privaten Patrouillen in der Altstadt. Aber die Regionalpolizei führt einmal uniformiert und einmal nicht uniformiert Kontrollen durch. Dies, weil es leider so ist, dass man ein wenig schneller sein muss als jene, welche Lärm verursachen. Kommen die Polizisten uniformiert, wird es sofort ruhig, aber sobald diese um die Ecke verschwunden sind, geht es wieder gleich zu und her. Stadtrat Herbert H. Scholl hat dies ausdrücklich sanktioniert und man wird dies auch künftig so machen. Es sind aber alle, welche Kontrollen durchführen, in Pflicht genommen.

Hr. Michael Wacker hat vor einigen Wochen in einer Medienmitteilung gelesen, dass der Stadtrat beschlossen hat, die Konzessionsgebühr der StWZ um CHF 300'000.– zu reduzieren. Dies im Sinne einer konjunkturfördernden Massnahme, sprich Senkung des Strompreises für alle. An und für sich ist dies eine gute Sache, aber darf der Stadtrat dies überhaupt?

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann, stellt klar, dass dies in der Kompetenz des Stadtrates liegt und er dies demzufolge darf.


Schluss der Sitzung: 21.10 Uhr

Für getreues Protokoll:

DIE RATSPRÄSIDENTIN


Käthi Hagmann

DER PROTOKOLLFÜHRER


Arthur Senn